

rote hilfe 25

Herausgegeben von der provisorischen zentralen Leitung Preis 1,- DM

Genosse Günter Routhier von der Polizei erschlagen - Trauerzug zu seinen Ehren von Polizeihorden überfallen !

Auch Mord und Terror kann die Unterdrücker nicht retten !

Über 5000 Menschen fanden sich am 24. Juni in Duisburg zusammen, um dem von der Polizei ermordeten Genossen Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, das letzte Geleit zu geben. Daran konnte sie weder das Verbot des Trauerzuges hindern, noch die ständigen brutalen Knüppelinsätze der zu Tausenden aus ganz NRW zusammengezogenen bewaffneten Polizeihorden.

Was war geschehen? Am 5.6. fand vor dem Arbeitsgericht Duisburg der Prozeß des kommunistischen Arbeiters Hanfried Brenner statt, Mitglied der KPD/ML, gegen Mannesmann. Er klagte gegen seine Entlassung im vergangenen Februar. Als das Gericht nach einer Pause statt der Entscheidung über Beweisangebote ohne eine solche Ent-

scheidung das Urteil sprach, begann H. Brenner aus dem Fenster heraus eine Ansprache an Passanten und Demonstranten zu halten. Das war für die bereits lauernde Polizei der Anlaß für einen Knüppelinsatz

immer seinen Kopf aufschlagend über die Treppen. Er erhielt keine ärztliche Versorgung trotz der verzweifelten Beteuerungen seines Sohnes, daß sein Vater sterben würde. Hämisches Lachen war die einzige Antwort.



Tausende gaben Genossen Günter Routhier das letzte Geleit

Inhalt

	Seite
Terrorurteil gegen RAF-Genossen	2
Erklärung	2
Die revolutionäre Wachsamkeit...	4
Soldatenfaust-Prozesse	5
Freiheit für die Homburger Hausbesetzer	5
Zwei ganz verschiedene Arten von Prozeßführung	7
Prozeß gegen RA Lang	7
Interview der RH mit Frau R. Routhier	8
Kampf den politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen!	10
Die Rote Hilfe aufgebaut !	12
Schulkampf in Hamburg	13
'Rote' Hilfe e.V. - Hetze...	14
Offener Brief an Gen. Sascha Münster: Entlassungsterror	15
Schluß mit der Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer...	16

Es war

planvoller, bestialischer Mord!

Günter Routhier, 45 Jahre alt, befand sich mit seinem Sohn, Jungkommunist in der ROTEN GARDE, unter den Zuschauern. Günter Routhier war Bluter, daher jede Verletzung für ihn lebensgefährlich. Das wurde der Polizei sofort und wiederholt mitgeteilt. Die scherte das aber einen Dreck, im Gegenteil, sie schlugen ihn bewußtlos, zerrten ihn,

In folgenden Worten faßte Frau Routhier die Lehre zusammen, die der Genosse aus seinem Erlebnis im Gerichtssaal zog: "Hier kann man nicht überzeugen. Hier muß man um sein Leben kämpfen und den Klassenfeind vernichten, wenn man selber leben will." Zehn Tage später liegt er unter künstlicher Beatmung in der neurochirurgischen Abteilung der Essener Universitätsklinik: Gehirnblutung - keine Hoffnung mehr!

Terrorurteil gegen RAF-Genossen !

Folgende Gefängnisurteile:

- 12 Jahre für Gen. Monika Berberich
- 13 Jahre für Gen. Ingrid Schubert
- 7 Jahre für Gen. Irene Goergens
- 9 Jahre für Gen. H.-J. Baecker
- 10 Jahre für Gen. Brigitte Asdonk
- 10 Jahre für Gen. Eric Grusdat

Zusammen 61 Jahre Gefängnis für diese 6 Revolutionäre!

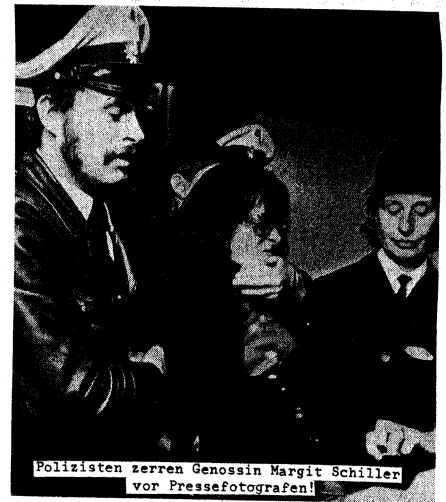
Die 6 Genossen wurden im gleichen Zusammenhang verurteilt, wie vor längerer Zeit Genosse Mahler: Wegen angeblichen Bankraubes. Und genauso wie damals hatte die Bourgeoisie keinerlei "Beweise" für ihre vorgeschobene Anklage. Ausnahme: Der Spitzel Ruhland, ein widerwärtiges, verlogenes Subjekt des Verfassungsschutzes, der schon in einer ganzen Reihe von

Verfahren den "Kronzeugen" gemacht hat - letztlich erst brachte er wieder wirres Lügendestammel im Prozeß gegen Astrid Proll vor. Dieser Agent, der so bereitwillig an den Terrorurteilen gegen schon etliche Revolutionäre mitgewirkt hat, wird vom Verfassungsschutz schon heute unter falschem Namen versteckt. Offensichtlich wissen diese Herren sehr genau um ihre Verbrechen und fürchten die Gerechtigkeit. Aber auch durch Versteckspiel wird dieser Agent seiner Strafe nicht entgehen!

Die Genossen wurden verurteilt, weil sie "besonders gefährlich" sein sollen. Gefährlich aber ist für die Bourgeoisie laut Urteilsbegründung, daß "sie nach wie vor das Ziel gewaltsamer Veränderung verfolgen". Man hat sie verurteilt, weil sie Revolutionäre sind und weil sie auf der Seite des Volkes stehen und für den Sturz der Ausbeuterordnung eintreten.

Der Spiegel vom 24. Juni klagt bitter darüber, daß man den Genossen der RAF nichts konkretes nachweisen könne und eine Verurteilung zu schwierig sei.

Doch die Bourgeoisie geht mehr und mehr von ihrer bisherigen Praxis ab, die Revolutionäre wegen irgendwelcher angeblicher "krimineller Delikte" zu verurteilen. Immer öfter, fast in jedem politischen Verfahren taucht der Begriff Hochverrat auf. Und das bedeutet; hier wird klar und ohne Umschweife gesagt: "Wir stecken Euch für ein Jahrzehnt in den Knast, weil ihr Revolutionäre seid"! Verurteilung als "Staatsfeind", das ist der Ausweg, den sie jetzt gehen.



Doch indem die bürgerliche Klassenjustiz ihre Maske immer mehr fallen läßt, macht sie auch immer mehr Menschen deutlich: Die bürgerliche Klassenjustiz ist ein Unterdrückungs- und Terrorinstrument! Vor ihr kann es keine "Gerechtigkeit" geben. Wie der ganze Klassenkampf ist auch der Kampf vor den Schranken der bürgerlichen Klassenjustiz ein Machtkampf, nichts sonst. Und nur wenn wir jeden Prozeß, jedes Urteil, jede Anklage in einen Bumerang gegen die bürgerliche Klassenjustiz verwandeln, werden wir ihren Terror brechen können!

FREIHEIT FÜR DIE GENOSSEN DER RAF!

Verstärken wir unsere Anstrengungen, um die Solidarität mit den Genossen der RAF zu organisieren!

**KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!**

Erklärung der provisorischen zentralen Leitung Vorwärts zur Roten Hilfe Deutschland

GENOSSEN UND FREUNDE DER ROTEN HILFE!

Nach Beratungen mit dem meisten Leitungen der Ortsgruppen der ROTEN HILFE und mit Vertretern vieler Initiativkomitees hat die provisorische zentrale Leitung der ROTEN HILFE beschlossen:

IN WENIGEN WOCHEN WIRD DER GRÜNDUNGS-KONGRESS DER ROTEN HILFE DEUTSCHLAND STATTFINDEN!

Es ist eine bekannte Lehre der Arbeiterbewegung, daß eine revolutionäre Organisation sich entwickelt und erstarkt, indem sie sich von Opportunismus und Unrat reinigt. Diese Lehre hat sich in der Entwicklung der ROTEN HILFE in den letzten Monaten glänzend bestätigt.

Waren auf der Konferenz von Bochum noch 12 Ortsgruppen und Initiativkomitees der ROTEN HILFE vertreten, so haben sich inzwischen 11 neue Ortsgruppen gegründet; eine große Zahl von Initiativgruppen hat sich inzwischen zu schlagkräftigen Ortsgruppen entwickelt, so in Bochum, München, Münster, Lübeck, Westberlin. In vielen anderen Städten wurden neue Initiativgruppen gegründet. Täglich erfahren wir von der Organisation neuer Mitkämpfer, von Erfolgen im Kampf. Es ist gelungen, im Kampf um die Durchsetzung der revolutionären Linie die Zahl der Roten Helfer seit der Bochumer Konferenz zu vervielfachen, viele Ortsgruppen umfassen schon heute zwanzig, dreißig und mehr Genossen. Diese Entwicklung zeigt klar: Der Zeitpunkt für den Gründungskongress der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS ist herangereift. Damit steht eine große und wichtige Aufgabe vor uns.

Die Erfolge, die wir erringen konnten, müssen uns jetzt Ansporn sein: **KÄMPFEN WIR MIT DOPPELTEM EIFER, MIT DOPPELTEM EINSATZ, MIT VERMEHRTER KRAFT FÜR DIE ERFOLGREICHE DURCHFÜHRUNG DES GRÜNDUNGSKONGRESSES DER ROTEN HILFE DEUTSCHLAND!**

UNSER AUFRUF ERGEHT AN ALLE FREUNDE DER ROTEN HILFE IN ORTEN, IN DENEN ES BISHER NOCH KEINE ROTE HILFE GIBT: SCHLIESST EUCH MIT GLEICHGESINNTEN ZU NEUEN INITIATIVGRUPPEN DER ROTEN HILFE ZUSAMMEN!

WIR RUFEN ALLE FREUNDE UND GENOSSEN, ALLE LESER UNSERER ZEITUNG AUF: SPENDET FÜR DIE VORBEREITUNG DES KONGRESSES!

UNTERSTÜTZT DIE PROVISORISCHE LEITUNG DURCH VORSCHLÄGE, DURCH KRITIK, DURCH BERICHTS UND MITTEILUNGEN, DURCH GELDSPENDEN!

DAMIT WIR MIT DEM GEPLANTEN KONGRESS UNSER GROSSES ZIEL ERREICHEN, MUSS JEDER GENOSSE SEIN BESTES GEBEN!

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE ROTE HILFE DEUTSCHLAND!

VORWÄRTS ZUM GRÜNDUNGSKONGRESS!

In den letzten Wochen, besonders im Kampf gegen den wahnwitzigen Terror der Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Ermordung von Genossen Günter Routier, konnte jeder Genosse und Freund der ROTEN HILFE feststellen: Unter den werktätigen Massen gibt es einen gewaltigen Drang zur Solidarität, zur brüderlichen Hilfe, zum Kampf gegen die Unterdrückung. Überall ist uns eine große spontane Kampfbereitschaft, eine tiefe Sympathie entgegen gebracht worden.

Man kann sagen, daß hunderte und tausende von Menschen darauf warten, daß die ROTE HILFE sie anspricht, ihnen zeigt, wie sie ihren revolutionären Beitrag zum Kampf leisten können!

Diese Bereitschaft gilt es unermüdlich zu organisieren und zu einer großen revolutionären Kraft zusammenzuschließen!

Diesen Menschen gilt es täglich zu zeigen: Der Weg aus der Unterdrückung ist der Weg des solidarischen Zusammenschlusses aller Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker mit dem Ziel des gewaltsamen revolutionären Sturzes der Unterdrückerherrschaft. Die proletarische Massensolidarität ist unerlässlich, um diesen Weg zu bahnen.

An allen Orten, an denen es bereits Ortsgruppen der ROTEN HILFE gibt, müssen die Anstrengungen vervielfacht werden!

Treiben wir die Diskussion um den Programmatischen Aufruf voran, tragen wir alle Vorschläge zu seiner Verbesserung zusammen, überzeugen wir täglich neue Mitkämpfer von seiner revolutionären Linie und seinem revolutionären Geist! Lassen wir keine Sekunde nach im Kampf gegen alle Opportunisten und Versöhnler, die die ROTE HILFE in den Sumpf des Revivionismus zerren wollen!

Rotfront!

Provisorische Zentrale Leitung

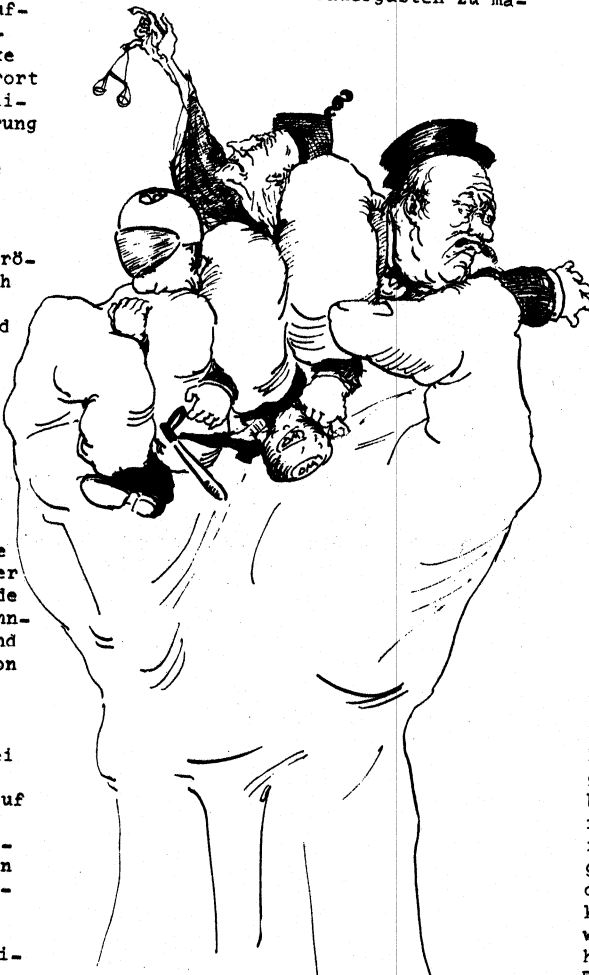
Die Wahrheit kann man nicht unterdrücken!

Schlagartig erschienen in ganz Westdeutschland und Westberlin Flugblätter, Aufkleber, Plakate der KPD/ML, die die Menschen über diesen faschistischen Mordanschlag informierten und zur Solidarität aufriefen. Auch die ROTE HILFE griff unmittelbar ein. Sofort wurden Sammlungen zur Unterstützung der Familie organisiert. Die Provisorische Zentrale Leitung gab eine Pressemitteilung heraus, die überallhin verschickt wurde. In allen Städten, wo die ROTE HILFE arbeitet, wurden Flugblätter verteilt. Trotz Verbot und massivem Polizeiaufgebot bekunden am 18. Juni, dem Todestag des Genossen Günter, hunderte von Menschen in Duisburg-Wannheimerort wo der Genosse gelebt hat, ihre Solidarität. Noch mehr wächst die Empörung unter der Bevölkerung, als sie vom Tod des Genossen durch verschiedene Kundgebungen hören. Auf der ersten Gedenkveranstaltung, zu der die KPD/ML am Todestag aufruft, werden 2 000 Mark gesammelt und mit noch größerer Entschlossenheit schwören sich die vielen anwesenden Menschen, den Kampf gegen diesen Unterdrücker- und Ausbeuterstaat zu verstärken. In den Tagen bis zur Beerdigung des ermordeten Genossen wird der Kampf um die Verbreitung der Wahrheit und die Organisierung der Solidarität noch entschlossener geführt. Informationsstände an verkehrsreichen Plätzen prangerten diesen erneuten Mord an. Geldsammlungen wurden verstärkt durchgeführt. So sammelte die ROTE HILFE in Bochum innerhalb kurzer Zeit 800 Mark. Auf Flugblättern wurde die Wahrheit in die Betriebe und Wohnviertel getragen; Veranstaltungen und Kundgebungen trugen dazu bei, die von Tag zu Tag wachsende Solidarität zu organisieren. Oft genug erlebten es die Genossen, daß die Bevölkerung ihnen half, den Zugriffen der Polizei zu entgehen. Der kapitalistische Staatsapparat hatte alle Kräfte darauf ausgerichtet, die Verbreitung der Wahrheit zu verhindern: ständige Verhaftungen, Einsatz von einem Heer von Zivilpolizisten, Knüppelinsätze, Beschlagnehmung von Informations- und Agitationsmaterial, Kundgebungs- und Veranstaltungsverbote. In welcher Zeit auch immer, überall versuchten die Schreiberlinge der Bourgeoisie durch Lügen und Hetze die Revolutionäre als Feinde des Volkes hinzustellen, um sie von der Bevölkerung zu isolieren. Doch diese Versuche, die Verbreitung ihrer Untaten vor den Volksmassen gewaltsam zu unterbinden, konnten nicht verhindern, daß sich die Nachricht über diesen faschistischen Polizeimord wie ein Lauffeuer in Westdeutschland und Westberlin verbreitete.

Kein Terror kann die Solidarität brechen!

Über 5 000 kamen am 24. Juni, um dem Genossen Routhier das letzte Geleit zu geben. Duisburg wird an diesem Tag zum Heerlager von tausenden Polizisten aus ganz Nordrhein-Westfalen gemacht. Vorher auf alle abgerichtet,

die ihre Abscheu gegen den faschistischen Terror und ihre Trauer zum Ausdruck bringen wollen, ausgerüstet mit Maschinenpistolen und Karabinern, Panzerspähwagen, Hubschraubern und einem Heer von Zivilpolizisten, knüppelten sie den Trauerzug zusammen, zertrampelten die Kränze, bedrohten sogar die nächsten Angehörigen. Trotzdem erreichte der Trauerzug den Friedhof. Nach der Beisetzung werden Gruppen von Trauergästen auf der Straße, in Lokalen immer wieder überfallen, verhaftet, geschlagen. Am Abend kommt der Höhepunkt des Racheaktes des Staatsapparates: In einheitlicher Zusammenarbeit von Stadt, Polizei und Justiz wurde der Plan angegangen, die Mercatorhalle, die größte Halle der Stadt Duisburg, zu einer Falle für all die Tausenden von Trauergästen zu ma-



*Einmal spricht das Volk Gericht
wo es laut sein: SCHULDIG! spricht-
Und dann landen solche Wichte
auf dem Hüß der Weltgeschichte.*

chen. Die KPD/ML hatte sie gemietet für eine Trauerveranstaltung. Wie sich am Abend herausstellte, war der Mietvertrag nur ein Fetzen Papier, gerichtliche Schritte wurden verhindert, weil die Justizbeamten "zufällig" nicht zu erreichen waren. Statt dessen fanden die Trauergäste eine von 4 000 bewaffneten Polizisten von drei Seiten umlagerte Mercatorhalle vor. Die Bourgeoisie hatte geplant, die vielen Trauergäste mit einem Schlag konzentriert zusammenzuschlagen, wobei sie auch vor erneutem Mord nicht zurückgeschreckt wäre. Dieser Plan scheiterte an dem entschlossenen Kampf der Revolutionäre, all der fortschrittlichen Menschen

und der Bevölkerung, die sich solidarisierten. Bei ihren Überfällen im Verlauf des Tages auf die Trauergäste verhafteten sie etwa 115 Menschen. Am 26. Juni veröffentlichte die Provisorische Zentrale Leitung der ROTEN HILFE sofort unter anderem folgende Erklärung:

"Bereits anlässlich der Ermordung von Genosse G. Routhier hat die Prov. Zentr. Leitung der ROTEN HILFE erklärt, daß diese Mordtat der ROTEN

HILFE nicht nur erneut Verpflichtung zur Hilfe und Solidarität für alle politisch Verfolgten ist, sondern gleichzeitig eine deutliche Mahnung daran, daß letztlich nur die Beseitigung des Unterdrückungssystems mit revolutionärer Gewalt den Untaten der herrschenden Klasse ein Ende setzen wird. Die Ereignisse beim Begräbnis zeigen das nochmals mit aller Deutlichkeit. Die herrschende Klasse ist bereit dem einen Mord zahllose weitere folgen zu lassen und hat auch schon viele andere Morde begangen. Zur Unterdrückung von Revolutionären schreckt sie nicht vor der physischen Liquidierung von Kämpfern zurück. Dieser Terror hat nicht verhindern können, daß auf den Aufruf der KPD/ML und auch der ROTEN HILFE hin das Begräbnis des Genossen Günter Routhier zu einem würdevollen, revolutionären letzten Geleit des Ermordeten, zu einer Demonstration unseres Kampfeswillens wurde. Im Gegenteil. Die erneuten faschistischen Terrormaßnahmen haben uns darin bestärkt, unsere Anstrengungen zu verdoppeln, um dem weißen Terror der herrschenden Klasse ein Ende zu setzen."

In diesem Sinne wird die ROTE HILFE den Kampf weiterführen.

Aus ihrem Terror spricht die Furcht vor dem Untergang

Dieser Mord an dem Kommunisten Routhier ist kein Ausrutscher einiger Polizisten gewesen. Auch die Mobilisierung des riesigen Polizeiapparates im Zusammenhang mit diesem Mord ist nicht ein Ausrutscher eines irre gewordenen Polizeipräsidenten, sondern der Versuch, sich der immer stärkeren Kämpfe der Volksmassen zu erwehren und v.a. gleichzeitig zu verhindern, daß in diesen Kämpfen die Einsicht, die die Revolutionäre verbreiten - daß Ausbeutung, Unterdrückung, schlechtes Leben und Unfreiheit nur mit dem gewaltsamen Sturz der Kapitalistenherrschaft beseitigt werden können - immer größere Teile der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen ergreift.

Wenn sich in Frankfurt aus dem Kampf gegen die Erhöhung von Preisen im Nahverkehr ein Kampf von Tausenden gegen den Staatsapparat um die Macht auf der "Zeil" entwickelt hat, so bedeutet das, daß sehr schnell aus dem Kampf gegen Lohnraub und Teuerung und gegen einzelne Unterdrückungsmaßnahmen ein Kampf um die Macht im Staat werden kann.

Je tiefer die Krise der Kapitalistenherrschaft wird, um so häufiger glühen in ihrem heißlaufenden Getriebe Funken der Rebellion gegen das Unterdrückersystem auf. Der Tag wird kommen, an dem ein solcher Funke einen gewaltigen Brand erzeugen wird. In

Fortsetzung von Seite 3

ihrer Angst vor dieser Entwicklung schlagen die Unterdrücker immer verzweifelter auf jedes Anzeichen von Rebellion und Erhebung ein. Doch damit schüren sie nur den Haß der Unterdrückten, steigern die Kampfbereitschaft und beschleunigen ihren eigenen Untergang.

Wie verzweifelt die Bourgeoisie um sich schlägt, um ihrem eigenen Untergang zu entgehen, zeigt, daß sie immer mehr gezwungen ist, zu offen faschistischen Methoden zu greifen. Ihr Vorgehen in Duisburg hat das deutlich gezeigt.

Das ist der Geist von Auschwitz und Maidanek

Verschiedene Unterdrückungsmaßnahmen, die von der Bourgeoisie in den letzten Jahren vor allem gegen Kommunisten und andere Revolutionäre angewandt worden waren, wurden in Duisburg konzentriert: Massenverhaftungen, Beschlagnahmungen von Agitationsmaterial, Verhaftungen von der Straße weg, ständige gewaltsame Einsätze bewaffneter Polizeitruppen zur Zerschlagung von Kungebungen, Veranstaltungen, Demonstrationen; eine völlig gleichgeschaltete Presse, die ohne Ausnahme die Hetzpropaganda der Bourgeoisie betrieb; und, als neue Stufe, der eingeplante Mord, die physische Liquidierung von Revolutionären durch die Killerkommandos der Polizei, die MEKs (Mobile Einsatzkommandos), die dabei auch vor der Ermordung Unbeteiligter nicht zurückschrecken.

Nur zu deutlich zeigen das die vier Mordanschläge, die innerhalb weniger Wochen bei Polizeieinsätzen verübt wurden: der Schüler Thomas Hytrek bei den Fahrpreiskämpfen in Frankfurt, der Taxifahrer Günter Jendrian bei der Hetzjagd nach RAF-Genossen, der Antifaschist Neset Danes in Hamburg und nun der Kommunist Günter Routhier in Duisburg. Die Bourgeoisie wird in ihrem verzweifelten Kampf auch hierbei nicht stehenbleiben. Sie wird auch davor nicht zurückschrecken, in Demonstrationen hineinzuschießen.

Wurde früher bei Polizeieinsätzen gegen Demonstrationen mehrmals vorgewarnt, bevor sie losschlügen, zeigt das Vorgehen sowohl in Frankfurt als auch in Duisburg, daß sie nicht mehr lange fackeln. Kündigungen sie früher ihre Verbote noch an, so haben sie in Duisburg ihre Verbotsabsichten verschwiegen, um Tausende von Menschen in eine Falle zu locken, um sie dann besser zusammenschlagen zu können. Versuchten früher die Polizeipräsidenten derartige Mordanschläge - wie bei Benno Ohnesorg - als die "Übergriffe" nervöser Polizisten hinzustellen, so fordern sie heute offen Gesetze, die den gezielten Todesschuß erlauben; die erlauben, daß Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen verschleppt werden, wie z.B. der Thyssenarbeiter Günther Wagner oder ein Mitglied der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft. Noch vor zwei Jahren versuchte die

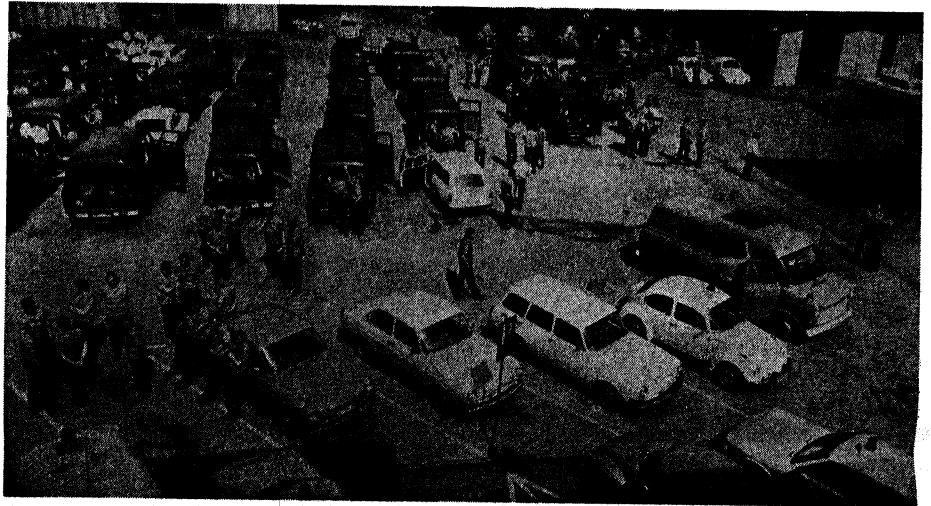
herrschende Klasse, die Revolutionäre durch Prozesse einzuschüchtern. Heute reicht diese Methode nicht mehr aus. Das zeigt das Vorgehen gegen die RAF-Genossen klar und deutlich: die Prozesse werden hinausgeschoben, um in der Zwischenzeit die Genossen durch Isolationsfolter und Mißhandlungen physisch zu zerbrechen oder

ganz zu liquidieren. Gegen den Jungkommunisten Sascha Haschemi, der einen persischen Vater hat, aber in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, heißt der Liquidierungsplan: Verweigerung der Einbürgerung, Abschiebung an die Henker des Schah-Regimes, wie auch bei anderen fortschrittlichen und revolutionären Ausländern.

SCHAFFT ROTE HILFE!

Die Ereignisse um die Ermordung und Beisetzung des Genossen Routhier haben uns gezeigt: Es gilt für die ROTE HILFE, die spontane Bewegung, die Empörung der Massen gegen diesen Staat zu einer organisierten Kraft zusammenzuschließen; die Solidarität der proletarischen Massen für die politisch Verfolgten zu wecken, ihnen die unzähligen Möglichkeiten zu zeigen, wie sie dazu beitragen können, den revolutionären

Kampf für den Sozialismus, gegen die verbrecherische Herrschaft der Bourgeoisie zu unterstützen. Die ROTE HILFE organisiert die Solidarität der werktätigen Massen zu einem Strom materieller und moralischer Hilfe für die Opfer der Unterdrückung und reiht sie ein als mächtige Kraft für ein besseres Leben in die revolutionäre Front des Kampfes für die Arbeitermacht, die Freiheit, den Sozialismus.



Das Heerlager der Polizei am 24. 6. morgens - bereit zu neuen Verbrechen

Die revolutionäre Wachsamkeit erhöhen!

VERFOLGUNGSMABNAHMEN GEGEN DIE ROTE HILFE:

Der Bourgeoisie ist die Rote Hilfe schon lange ein Dorn im Auge, der Aufschwung der Arbeit hat sie mit Sicherheit noch mehr beunruhigt. Schon seit längerem ist bekannt, daß gegen verschiedene Rote Hilfe - Gruppen wegen "krimineller Vereinigung" ermittelt wird, so gegen die Rote Hilfe Flensburg, wo es vor einigen Wochen zu mehreren Haussuchungen, Verhaftungen und ähnlichen Maßnahmen kam, und eine Genossin unter höchst verdächtigen Umständen ums Leben kam, als sie nachts zur Betreuung der Kinder festgenommener Genossen nach Flensburg fuhr, wobei sie einen Autounfall hatte.

Die Festnahmen in Wetzlar und damit zusammenhängende Maßnahmen der Polizei sind zu nennen, weiter Ermittlungen, die schon seit längerem in München gegen die Rote Hilfe laufen.

In Gießen wurde vor kurzem ein Genosse wegen einer Aktion der Roten Hilfe vom Februar vor den Ermittlungsrichter geladen, bei der die Polizei einen Stand überfallen hatte. Er sollte Auskunft geben, wer die Rote Hilfe organisiert, wer sie leitet, wer Mitglied ist, wo Genossen wohnen usw., was er natürlich verweigerte.

In Dortmund versuchte vor kurzem ein Spitzel durch wilde Geschichten Zugang

zu den Adressen von leitenden Genossen der Roten Hilfe zu bekommen, wobei er ausdrücklich solche verlangte, die in der Öffentlichkeit nicht bekannt sind.

Zu den Verfolgungsmaßnahmen gehören auch solche Bildzeitungsmeldungen, wie sie anlässlich der Ermordung G. Jendrians erschien.

Taxifahrer in Terroristen-Wohnung erschossen

München, 22. Mai
Nach kurzem Schußwechsel ist in einer Münchener Wohnung der 23jährige Taxifahrer Günter Jendrian, Sohn eines evangelischen Geistlichen, von Polizisten erschossen worden. Die Polizei hielt Jendrians Wohnung für einen Terroristen-Unterschlupf, nachdem sie das Kassiber eines Mitgliedes der linken Untergrundorganisation „Rote Hilfe“ aus dem Getändnis abgetan hatte.

Zu diesen Verfolgungsmaßnahmen stellen die Gießener Genossen in ihrem Bericht fest: "Klar für uns muß sein: die Bourgeoisie wird versuchen, die Rote Hilfe zu verbieten und zu kriminalisieren, besonders jetzt, wo die Rote Hilfe noch jung und verhältnismäßig schwach ist.

Wir müssen die Wachsamkeit erhöhen! Wir müssen vor allen Dingen unsere praktische Arbeit verstärken, uns mit der Arbeiterklasse und den Werktätigen eng verbinden, das ist unser bester Schutz."

IMPRESSUM :

verantwortl. S.d.Pr.ges.: M. Banos
46 Dortmund, Kesselstraße 31

Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !

Vorwärts im antimilitaristischen Kampf !

SOLDATENFAUST-PROZESSE

Im Zeichen der ständigen Verschärfung der Klassenwidersprüche in der BRD klagt der Wehrbeauftragte des Bundestages im Jahre 1972 über die mangelnde Disziplin in der Bundeswehr. Und in der Tat: In der ganzen BRD entstehen Soldaten-Komitees: fortschrittliche Kameraden, die den imperialistischen Charakter der Bundeswehr erkennen, organisieren den Widerstand gegen die alten und neuen Kommissarste, gegen die tagtäglichen Schikanen, gegen die menschenverachtende Unterdrückung und nicht zuletzt gegen die Bundeswehr selbst, nämlich dort, wo die Kameraden sogar gruppenweise bei Manövern oder Übungen den Befehl verweigern.

Mit besonderem Schrecken beobachten Bourgeoisie und ihre Bundeswehroffiziere die unaufhaltsame Ausweitung revolutionärer Soldatenzeitungen und die Wahl von Revolutionären zu Vertrauensleuten, was sie mit verschärftem Terror und Einsatz der Klassenjustiz vergeblich niederdrücken wollen.

- So wurde jetzt unter einem Vorwand der revolutionär gesinnte Vertrauensmann Manfred F. der rebellischen Sanitätsstaffel der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg für den Rest seiner Wehrpflichtzeit (drei Wochen) eingesperrt.

- In Wetzlar wurde der kommunistische Panzergrenadier Lennart K. fristlos entlassen, da durch sein bisheriges Verhalten ein "Verbleiben in der Bundeswehr die Sicherheit der Truppe ernstlich gefähr-

det". Trotz ständiger Bespitzelung und Überwachung, Durchsuchungsaktionen und Verhören durch den Battalionskommandeur konnten sie den Genossen nicht einschüchtern und von seinen Kameraden isolieren. Wenn die reaktionären Offiziere auch durch Erpressungen, Lügen und Drohungen seine sichere Wahl zum Vertrauensmann verhinderten, so protestierten später über die Hälfte der Kameraden auf einer Versammlung gegen die Absetzung des Soldaten und gegen die Durchsuchung.

- Auch die Verfolgung wegen des Roten Antikriegstages durch die bürgerliche Klassenjustiz richtet sich gegen den antimilitaristischen Kampf. Gegen vierzehn Angeklagte wurden bisher insgesamt elf Jahre - bis auf drei ohne Bewährung - verhängt. Gegen drei weitere läuft das Verfahren bereits. Die Berufungsverhandlungen werden im Laufe des nächsten halben Jahres in München stattfinden.

- Wegen des Verteilens von Flugblättern, die zum antimilitaristischen Kampf von der KPD/ML im ganzen Bundesgebiet verteilt wurden ("Im Ernstfall dreht die Gewehre um!"), fällte die Klassenjustiz in Traunstein in der Berufungsverhandlung das Terrorurteil: 8 Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung nach Erwachsenenstrafrecht. In der ersten Verhandlung schienen ihr noch Jugendstrafen von 4 Wochen Freizeit-arrest auszureichen.

Besondere Angst hat die Bourgeoisie vor den Zeitungen der revolutionären Soldaten-Komitees. Ende des Jahres beginnen die Prozesse gegen die Genossen der "Soldatenfaust". Angeklagt sind an die zwanzig Personen: Verteiler, Verantwortliche und Soldaten (ehemalige), die der Wehrkraftzersetzung, Aufruf zur Meuterei etc. beschuldigt werden.

1972 entstand in Bayern die "Gruppe junger Arbeiter in der Bundeswehr", die in mehreren Kasernen ihre antimilitaristische Zeitung "Soldatenfaust" verbreitete. Dieser Gruppe gelang es, unter Führung der KPD/ML den Widerstand in etlichen oberbayerischen Kasernen (zum Beispiel Reichenhall, Brannenburg, Murnau) zu organisieren. Die Genossen entlarvten nicht nur das Wesen der Bundeswehr anhand zahlreicher Beispiele aus ihrer täglichen Praxis, sondern sie zeigten ihren Kameraden auch auf, wie der Weg weitergeht: nicht passiver Widerstand und Schritt für Schritt vor dem Klassenfeind zurückweichen, sondern das Schicksal in die eigenen Hände nehmen und mutig gegen einen, wenn auch jetzt noch stärkeren, Feind ankämpfen bis zum Sieg. Auf dieser Linie erschien auch eine Sondernummer der "Soldatenfaust" zum Roten Antikriegstag 1972, in der den Kameraden nochmals das Wesen dieses kapitalistischen Systems und seiner Unterdrückungsmittel wie der BW aufgezeigt wurde.

Fortsetzung auf Seite 14

Freiheit für die Hamburger Hausbesetzer

Sigi Weber und Peter Fröhlich

Bei der Räumung des besetzten Hauses in der Hamburger Eckhofstraße durch ein Mord-Einsatz-Kommando ("MEK") der Polizei im Mai 1973 wurden S. Werber und P. Fröhlich zusammen mit anderen Jugendlichen verhaftet. Weil sie politische Gefangene sind, werden sie seit über 13 Monaten unter verschärften Haftbedingungen gefangen gehalten.

Peter Fröhlich wird nicht entlassen, obwohl er in der Haft ein Magengeschwür bekam und daher haftunfähig ist. Bei Sigi Werber wird die Isolierfolter angewandt, weil er versucht hat, die Isolationsfolter des RAF-Genossen Werner Hoppe zu durchbrechen, indem er vom Hofgang aus mit ihm sprach. Den mutigen Kampf der gefangenen Genossen zeigt auch das folgende Interview.

Interview mit Rosy P.

RH: Rosy, Du warst vom 24. Mai 1973 bis zum 24. Januar 1974 im Gefängnis. Warum warst Du im Gefängnis?

Rosy: Wegen der Hausbesetzung in der Eckhofstraße.

RH: Wieswegen habt Ihr das Haus besetzt?

R: Um gegen Mietwucher und Bodenspekulation zu demonstrieren. Da sollten die Häuser abgerissen werden und moderne Bürohäuser hingebaut werden.

RH: Wie habt Ihr das Haus besetzt?

R: Wir haben zwei Gruppen eingerichtet; die eine, das war die Mieterinitiative, und das andere war eine Jugendgruppe. Wir haben mit den Leuten diskutiert, und sie standen auf unserer Seite.

RH: Wie lange habt Ihr das Haus besetzt?

R: Das war vom Karfreitag bis zum 24. Mai.

RH: Erzähl doch mal, wie die dann das Haus geräumt haben!

R: Wir hatten eine Information bekommen, daß das Haus geräumt werden sollte, aber keiner hat daran geglaubt, weil es so lange gut gegangen war. Nachts hatte jemand Türwache, und da kam ein Taxi vorgefahren, wo zwei Bullen drin waren. Der eine Bulle stieg aus - die waren natürlich in Zivil. Der andere rief: 'Halt, halt!' der hat ja gar nicht bezahlt. Die Türwache dachte, das wäre einer vom Haus, und so sind die Bullen dann reingestürzt.

RH: Waren denn noch andere Bullen dabei?

R: Ja, da waren noch mehr, die waren in einem Lastwagen. Sie sind dann ins Haus gestürzt und haben geschossen.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !

Dann sind sie in sämtliche Zimmer reingegangen; jeder mußte sich auf die Erde legen und wurde gefesselt. Wir durften uns nicht mit dem Kopf bewegen, sonst haben sie uns mit einem Stock auf den Kopf geschlagen.

RH: Haben sie auf Leute geschossen?

R: Sie haben zweimal in die Luft geschossen und einmal ins Treppenhaus. Es ist zwar niemand angeschossen worden aber es sind drei Genossen verletzt worden durch die Bullen.

RH: Wieviele Leute haben sie mitgenommen auf die Polizeiwache?

R: Die haben fünfzig Genossen mitgenommen. Auf der Wache wurden wir alle erkennungsdienstlich behandelt. Dann kamen wir ins Gefängnis.

RH: Wußtet Ihr, daß nach der Räumung des Hauses noch Solidaritätsdemonstrationen stattgefunden haben?

R: Wir haben das in den Zeitungen gelesen.

RH: Wieviele von den Verhafteten sind im Gefängnis festgehalten und nachher vor Gericht gestellt worden?

R: Das waren zehn.

RH: Unter welchem Vorwand haben sie Euch in Untersuchungshaft gehalten?

R: Wir sollten einer kriminellen Vereinigung angehört haben; das hat man mir auch die ganze Zeit im Knast gezeigt.

RH: Erzähl doch mal von Deinen Knasterfahrungen!

R: Ich war nachher ziemlich allein im Knast. Ich habe mich dann mit einer Frau zusammengetan, und wir haben so allernächst organisiert. Wir haben zum Beispiel die Fenster eingeschlagen, wir haben jedenfalls immer das getan, was man nicht tun durfte.

RH: Erzähl mal was über die Behandlung! Seid Ihr gefoltert worden? Wie hat man Euch unterdrückt?

R: Wir sind gefoltert worden. Man hat mich in den Bunker gebracht. Dreimal während der ganzen Zeit. Sie haben mich gefesselt und ins Gesicht geschlagen, nur weil wir nicht das getan haben, was die wollten.

RH: Du warst eine politische Gefangene. Sind die politischen Gefangenen anderen Repressalien ausgesetzt als die anderen Gefangenen?

R: Ja, sie werden isoliert. Sie setzten Spitzel ein, die uns aushorchen sollten. Andere, die ein freundschaftliches Verhältnis zu uns hatten, wurden unterdrückt. Ihnen wurde immer gesagt, sie seien was Besseres, und sie sollten sich durch uns nicht in den Dreck ziehen lassen.

RH: Was habt Ihr gegen diese Behandlung gemacht?

R: Ich habe versucht, nicht nur allein dagegen vorzugehen, sondern mit den anderen. Das war wegen der Isolation natürlich nicht so einfach.

RH: Wie war der Kontakt zu den anderen Gefangenen?

R: Der war ziemlich gut, soweit es möglich war. Ich glaube, sonst wäre ich nicht so früh rausgekommen. Das ist denen wohl zu gefährlich geworden.

RH: Was für eine Unterstützung hattet Ihr im Knast?

R: Wir hatten die Unterstützung der Roten Hilfe und der Rechtsanwälte, und ich glaube, wenn wir diese Unterstützung nicht gehabt hätten, dann wären wir ziemlich bald eingegangen. Man braucht irgendwas, woran man sich festhalten kann. Daß man weiß, wofür man kämpft und wofür man lebt, egal wo man ist, auch im Knast.

RH: Was habt ihr denn noch konkret im Knast gemacht?

R: Wir haben die Wachteln gegeneinander aufgehtzt. Das ist sogar soweit gegangen, daß zwei entlassen wurden, weil sie angeblickt mit uns sympathisierten.

RH: Ihr habt also die Widersprüche zwischen der Behörde und der Gefängnisaufsicht einerseits und die Widersprüche zwischen den Aufsehern andererseits ausgenützt und zugespitzt. Erzähl nochmal was über die Kontakte zu den anderen Gefangenen!

R: Ich habe versucht, arbeiten zu können, denn da hatte ich Gelegenheit, mit den anderen Gefangenen zu reden. Aber das war auch nicht so einfach. Anträge schreiben und alles Mögliche.

RH: Ihr seid doch auch in die Kirche gegangen, um dort mit den anderen zu reden.

R: Ja, wir müssen alle Veranstaltungen ausnutzen, soweit sie nicht für uns gesperrt sind, um den politischen Kontakt zu den anderen zu bekommen.

RH: Meinst Du, daß unter den anderen Gefangenen ein bestimmtes Maß an Solidarität zu erreichen ist?

R: Ja.

RH: Wie lange warst Du in U-Haft?

R: Sieben Monate.

RH: Unter welcher Beschuldigung?

R: Landfriedensbruch, kriminelle Vereinigung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die wollten uns aber nicht nur verurteilen, sondern sie hätten uns lieber ganz sauber vernichtet.

RH: Welche anderen politischen Gefangenen waren noch zu dieser Zeit im Knast?

R: Hoppe zum Beispiel. Mit dem hatte ich schriftlichen Kontakt. Aber ich finde, er hat nicht den richtigen Weg eingeschlagen. Alles, was ermachte, waren Einzelaktionen. Damit macht er sich mit der Zeit selber kaputt. Die anderen haben kein Verständnis dafür, er kann nämlich nicht mal erklären, warum er diese Aktionen gemacht hat.

RH: Was machte er denn so?

R: Zum Beispiel hat er seine Zelle kaputtgehauen, Bullen dumme Antworten gegeben. Aber darin sehe ich keinen Sinn.

RH: Wie meinst Du, daß man es besser machen sollte?

R: Man muß mit mehreren Leuten was machen. Da kann man sich hinterher auch unterstützen.

RH: Du meinst also, daß es wichtig ist, im Knast politische Agitation zu machen.

R: Ja, das ist das Allerwichtigste.

RH: Du bist dann vor Gericht gekommen.



Zu Zwischenfällen kam es gestern in Hamburg zu Beginn eines Prozesses gegen acht Hausbesetzer. Die Polizei ging gegen zahlreiche Personen vor, die versuchten, sich gewaltsam Zutritt zum Verhandlungsraum zu verschaffen.

AP-Fotofax

R: Ich hatte mir lange vorher überlegt, was ich machen sollte, ob ich überhaupt hingehen sollte. Aber ich wollte dann doch hin, irgendwie stören. Das habe ich durch meine Resolution gemacht und wurde dann ja rausgeschmissen. Ich hatte darin geschrieben, wie es dem politischen Gefangenen im Knast ergeht. Ich wollte den Spieß der Anklage umdrehen. Ich wollte der Öffentlichkeit klarmachen, daß ich auch in dieser Situation weiter bereit war zu kämpfen.

RH: Wolltest Du denn erst nicht an der Verhandlung teilnehmen?

R: Nein, was soll ich denn da? Ich verachte dieses Gericht, diese Klassenjustiz. Was soll ich denn vor diesen Leuten stehen, die das alles verteidigen? Aber es war richtig, den Gerichtssaal zur Tribüne des Klassenkampfes zu machen.

RH: Haben Genossen der RH oder andere Organisationen Dich bei der Vorbereitung unterstützt?

R: Ja, die RH hat mich während der ganzen 8 Monate unterstützt. Ich wußte, wenn ich entlassen werde, daß da Leute für mich da sind.

RH: Kannst Du nochmal Deine Erfahrungen zusammenfassen?

R: Man muß überall kämpfen, ganz egal, wo man ist. Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten. Man braucht die Solidarität und die Unterstützung von draußen, dann kann man kämpfen, und nur dann kann man auch Erfolge erzielen, Erfolge im Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker und ihren kapitalistischen Staatsapparat.

Zwei ganz verschiedene Arten von Prozessführung

Bei einer verbotenen Demonstration in Köln wurde Wolf-Gerd K., Sympathisant des KSV, verhaftet. Die herrschende Klasse hatte durch die Demonstration eine schwere Niederlage einstecken müssen; also zerrte sie aus Rache W.-G. K. vor ihre Klassenjustiz und klagte ihn der gefährlichen Körperverletzung, des Widerstands gegen die Staatsgewalt, der versuchten Gefangenenbefreiung und der Teilnahme an einer verbotenen Demonstration an.

Die Antwort konnte nur lauten: Den Prozeß zu einem revolutionären Tribunal machen! - Was aber tat die 'Rote' Hilfe e.V.?

In ihren Flugblättern verharmloste sie die Klassenjustiz in unerhörter Weise: "...daß es sich bei dem Richter nicht um einen völlig unparteilichen handelt, war schon vor der Verhandlung klageworden..." - Ob also ein Richter in diesem Staat auf der Seite der herrschenden Klasse steht und deren Gesetze zur Unterdrückung des Volkes anwendet, das muß wohl erst in jedem einzelnen Fall untersucht werden?!

Als eine Genosse des Aufbaukomitees der "Roten Hilfe Köln" die Belehrung an die Zuschauer, sie hätten sich ruhig zu verhalten, mit dem Ruf unterbrach: "Das Gericht hat Angst vorm Volk!" - da zischten ihn zwei 'RHeV'-

Führer an, er solle doch still sein, sonst werde noch der Saal geräumt.

Als am zweiten und dritten Prozeßtag nur 25 Zuschauer zugelassen wurden, bettelten 'R'HeV-Führer den Richterdienern an, der den Nebeneingang versperre. Am dritten Tag stellte sich eine KSV-Führerin sogar einem Genossen des Aufbaukomitees der Roten Hilfe Köln entgegen, als dieser den Türhüter beiseite schieben und mit den restlichen zehn Kollegen, die zum Prozeß gekommen waren, in den Gerichtssaal gehen wollte.

Dank der Einschüchterungspolitik der 'R'HeV-Führer fühlte sich der Richter schließlich so sicher, daß er es wagte, W.-G. K. (natürlich trotz der haarsträubendsten Widersprüche der Polizeizeugen) zu 900 DM Geldstrafe zu verurteilen.

Der Prozeß wurde von den 'R'HeV-Führern geführt auf der Linie des Zurückweichens vor der bürgerlichen Klassenjustiz, auf der Linie der versteckten Hetze gegen die revolutionäre Gewalt, auf der Linie des Gejammers über die "nicht völlig unparteiliche" Bourgeoisie. Das ist die Politik des Revisionismus, die Politik der ideologischen, politischen und organisatorischen Entwaffnung der Arbeiterklasse und des Volkes.

Am 2.5. 74 fand der Prozeß des Genossen Sigi M. im Amtsgericht Dortmund wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung eines Beamten mit Hilfe eines "gefährlichen Gegenstandes" (Schuh), sowie Beteiligung an einer verbotenen Demonstration statt.

Mit reaktionärem Zynismus versuchte der Richter jegliche revolutionäre Agitation und Propaganda zu unterdrücken und drohte laufend an, den Saal räumen zu lassen. Die Gerichtsbuttel spielten provozierend mit ihren Schlagstöcken, und die zivilen Spitzel warteten nur auf ihren Einsatz. Aber die Genossen und andere fortschrittliche Menschen, die im Gerichtssaal anwesend waren, ließen sich nicht einschüchtern. Immer wieder unterstützten sie den Genossen Sigi durch Beifall und das Rufen von Parolen.

Genosse Sigi ließ sich auch nicht einschüchtern. Er stellte klar, daß nicht das Gericht der Ankläger ist, sondern er. Der Genosse erklärte, wieso er zum Kommunisten wurde. Er ist Sohn eines Landarbeiters und hat noch sieben Geschwister. Schon sehr früh lernte er, was es heißt, das Kind eines Arbeiters zu sein. Es bedeutete für ihn materielle Not und Unterdrückung in der Schule. Schon mit 16 Jahren stand er auf eigenen Füßen und er lernte: Aus der Unterdrückung gibt es nur einen Ausweg: die sozialistische Revolution.

Deswegen kämpfte er auch am 19.5. 1973 an der Seite der KPD/ML gegen die konterrevolutionäre Zusammenarbeit zwischen den zwei imperialistischen Mächten UdSSR und Deutsche Bundesrepublik. Es war notwendig, dem Sozialimperialisten Breshnew die "kommunistische" Maske vom Gesicht zu reißen, und klarzustellen, daß in der UdSSR der Sozialfaschismus herrscht, wie der Genosse ausführte. Diese Fragen legte er ganz klar; der Richter war außerstande, ihn durch irgend einen Einschüchterungsversuch daran zu hindern. Einmal versuchte der Richter, dem Genossen das Wort abzuschneiden. Wie der Präsident des Reichsgerichtes, Bünger, vor dem gegen Genossen Dimitroff verhandelt wurde, erklärte er, für Propagandareden sei im Gericht nicht der Platz, das gehöre alles nicht zur Sache.

Bei der Zeugenvernehmung brachen alle Zeugen der Anklage zusammen. Sie widersprachen einander derart und würden vom "Angeklagten" und seinem Verteidiger so in die Enge gedrängt, daß schließlich von der Anklage nichts mehr übrig blieb. So stellte sich beispielsweise heraus, daß die "gefährliche Tatwaffe" eine offene Sommersandale war.

Da aber Revolutionäre natürlich nicht gänzlich "straf"frei ausgehen dürfen, belief sich dann das Strafmaß auf 160 Mark. Ein Drittel des ursprünglichen Strafbefehls. Nicht nur aufgrund des Urteils, sondern vor allem weil der Gerichtssaal zur Tribüne der revolutionären Anklage gegen die Bourgeoisie gemacht wurde, mußte die Klassenjustiz eine Niederlage einstecken.

Während das Gericht über das Urteil "beriet", überreichte die Rote Hilfe Dortmund dem Genossen rote Nelken und überbrachte ihm die herzlichsten Kampfgrüße. Der Richter rief sofort, daß das nicht nochmals vorkommen dürfe.

Fortsetzung auf Seite 15

Prozess gegen Rechtsanwalt Lang

Am 25.6. begann gegen Rechtsanwalt Lang ein Verfahren wegen "Beleidigung". Vorausgegangen war ein Strafbefehl über 1000 DM, gegen den Rechtsanwalt Lang Einspruch eingelegt hatte. Nachdem ein Befangenhheitsantrag gegen das Gericht gestellt worden war, wurden die anwesenden Zuschauer aus dem Flur vertrieben. Der Prozeß wurde vertagt. Rechtsanwalt Lang hatte mehrere Genossen verteidigt, die am Roten Antikriegstag 1972 teilgenommen hatten. In verschiedenen Verfahren entlarvte er die faschistischen Methoden der bürgerlichen Klassenjustiz. So hatte er es als eine Beweis- und Rechtsbeugung bezeichnet, als der Staatsanwalt gegen Holger H. in zynischer Weise die Aussage eines Zeugen verdrehte, daß einzig und allein die Polizei auf Demonstrationen und Passanten eingeschlagen und geknuppelt habe und diese Aussage zur Verurteilung des Angeklagten verwenden wollte. Das Gericht hatte nicht gewagt, den Angeklagten zu verurteilen. Jetzt versucht es, ihn und seinen Ver-

teidiger Lang mundtot zu machen. In einer offiziellen Erklärung zu seinem Prozeß, berichtet Rechtsanwalt Lang über den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz in den Verfahren zu Roten Antikriegstag: der Angeklagte Klaus S. erhielt 1000 DM Geldstrafe bzw. 50 Tage Freiheitsstrafe, weil er die Anschuldigungen der Polizeizeugen als gezielte Unwahrheiten bezeichnete. Genosse Klaus Kercher mußte sich 1 1/2 Jahre lang dreimal wöchentlich bei der Polizei melden und erhielt einen Haftbefehl, weil er nicht zu einem Prozeßtermin kam, bei dem auch sein Verteidiger Lang wegen schwerer Unfallverletzungen entschuldigt fehlte. Ständig wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen und zusammengerügelt. In einem Fall wurden alle Zuschauer erkennungsdienstlich behandelt; ständig wird die Verteidigung behindert, die Einsicht in die Akten wird ihr verweigert.

In seiner offiziellen Erklärung schreibt Rechtsanwalt Lang u. a.:

der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Augsburg wegen falscher Anschuldigung und Verleumdung angeklagt worden, weil er seinerzeit gegen die Zwangsarrestose von Carmen Roll zum Zwecke der Abnahme von Fingerabdrücken zu Recht Strafanzeige wegen versuchten Mordes gestellt hatte.

Wenn Verteidiger Folter Folter nennen, werden sie straf- und ehrenrechtlich verfolgt. Wenn sie ihre Mandanten besuchen wollen, müssen sie sich beispielsweise nackt ausziehen oder aber wird der Besuch dadurch ganz verhindert, indem man ihn in getrennten Räumen mit lediglich einer Sichtverbindung durch eine kleine Glasscheibe durchführen lassen will. Die Post der Verteidiger wird geöffnet. Die darin enthaltene Kommunikation mit den Mandanten wird neuerdings als Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung zu kriminalisieren versucht. Das beabsichtigte Gesetz zum Ausschluß der Verteidigung ist allgemein bekannt.

Das Verfahren gegen mich liegt auf der faschistischen Linie des von Mün-

chen aus im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zum angeblichen "Schutz der Rechtspflege" bzw. jetzt zum "Schutz des Gemeinschaftsfriedens". Ebensovienig wie es dort um den Schutz der Rechtspflege geht, geht es hier etwa um die Ehre. Ginge es um die Ehre, so müßte ich dieses Verfahren wegen angeblicher Beleidigung geradezu als Auszeichnung empfinden. Aber es geht um etwas anderes. Es geht letztlich darum, daß hier in der BRD die Stabilität der kapitalistischen und imperialistischen Herrschaft bedroht worden ist. Es ist unverkennbar, daß auch hierzulande der Kampf gegen eine sinnlose und die ganze Menschheit bedrohende Herrschaftsdiktatur zunimmt und mit ihr der Haß gegen seine willfährige und blinde Justiz, welche sich mit allen Mitteln der Aufrechterhaltung dieses Systems verschreiben will. ...

Der Kampf gegen eine solche Justiz wird zunehmen. Die Verhältnisse in der Welt sind so, daß ihr auch ein neuer Faschismus auf Dauer nicht helfen kann!

Weil ich diese Maßnahmen als völlig unverhältnismäßig, "offen rechtswidrig" und als "Terror" bezeichnet habe, wurde von Staatsanwalt Emrich meine vorläufige Festnahme wegen angeblicher Störung einer Amtshandlung veranlaßt.

Im übrigen ist es die Verteidigung, die vor dem Amtsgericht München laufend beschimpft wird.

Im Verfahren gegen Klaus Kercher erklärte Staatsanwalt Bomba ausdrücklich und ohne daß der vorsitzende Richter Bemdel einschritt, für ihn sei der Verteidiger Rechtsanwalt Lang im Hinblick auf das gegen ihn schwebende Verfahren nach § 129 StGB sowie darauf, daß er bereits in Untersuchungshaft gewesen sei, „kein gleichberechtigtes Organ der Rechtspflege“.

Es ist nur konsequent, wenn Verteidiger, die die Justiz der Bundesrepublik Deutschland bei ihrem Marsch in den Faschismus behindern, eingeschüchert, von ihren Mandanten getrennt und ausgeschaltet werden soll. Mein Kollege Rechtsanwalt Dr. Croissant ist jetzt von

Interview der Roten Hilfe

RH: Wie kam es, daß G.Routhier sich für die KPD/ML interessierte?

Frau R.: Es fing damit an, daß mein Sohn sich der Roten Garde angeschlossen hat, dann brachte er Genossen mit nach Hause und mein Mann fing an, mit ihnen zu diskutieren und sich über die Ziele der Partei zu informieren. Er hat vor allem schon immer nach einem Ausweg gesucht, um Gerechtigkeit für alle zu finden, und er hatte auch, wie er noch bei den Hahn'schen Werken in Großenbaum gearbeitet hat den Anfang der alten KPD nach dem Krieg miterlebt und sich davon abgestoßen gefühlt, daß er sah, wie die KPD mit der Zeit entartete. Die Genossen von der KPD/ML, die er jetzt so nach und nach kennenlernte, haben ihn sehr beeindruckt und er fand, daß es alles furchtbar nette Menschen waren. Und er hat sich dann mit den Zielen, die sie ihm klargemacht haben, voll und ganz einverstanden erklärt. Er hat den Peter zu verschiedenen Veranstaltungen begleitet und ist zum Arbeitertreff der KPD/ML mitgegangen. Er ist auch mit nach Gelsenkirchen gefahren, um Ernst Aust kennenzulernen und hat leider nicht lange genug mit ihm sprechen können, was ihm sehr leid getan hat.

RH: Welche Vorbehalte hatte der Günter denn noch gegenüber der Revolution?

Frau R.: Mein Mann war vor allem ein Kriegsgegner, der auch seinen Sohn von Anfang an so erzogen hat, daß er nicht zum Militär gehen sollte. Er selber mußte mit 15 Jahren schon zur Wehrmacht, und fand das fürchterlich. Er konnte nicht verstehen, daß Stalin mit zu den Vorbildern der Partei gehörte. Vielleicht lag es an seiner Generation, daß Stalin irgendwie ein Schreckensbild für ihn war. Vielleicht lag es auch an der Hetze, die da systematisch betrieben wird. Jedenfalls konnte er sich lange Zeit nicht mit diesem Gedanken befreunden. Er hat dermaßen fest an die Demokratie geglaubt, daß er sich einfach nicht vorstellen konnte, daß der Staatsapparat derart hart und brutal gegen Demonstranten und auch gegen Unbeteiligte vorgeht, wie es mein Sohn ihm immer erzählt hat und daß man praktisch auf die körperliche Vernichtung der Menschen aus ist.

RH: Wie hat sich denn Günters Haltung nach dem brutalen Polizeiüberfall beim Arbeitsgerichtsprozeß von Hanfried Brenner geändert und wie hat er über die Polizei und den Staat nach diesem Überfall gedacht?

Frau R.: Als mein Mann nach der Verhaftung nach Hause kam, hatte er sämtliche Illusionen über seinen "demokratischen Staat" verloren. Er hat gedacht, er wäre in das Dritte Reich versetzt. Er hat nur noch an Gestapo-Methoden gedacht. Als er in der Zelle lag, hat er auch gedacht: "das könnte eine Folterzelle von der Gestapo sein, ausstattungsmäßig, mit allem was dazu gehört." Er erkannte, daß das, was ihm bisher erzählt worden war, und alles woran er bis jetzt noch gezweifelt hatte, die traurige Wahrheit ist. Und er konnte es garnicht fassen, das alles was er sich vorgestellt hatte ein Traum gewesen sein sollte, und daß er auf diese Weise daraus erwachen sollte. Vor allem getroffen hatte ihn die menschliche Erniedrigung im Polizeipräsidium, die Behandlung und daß sie ihn, wie er da halbtot lag, noch ausgelacht haben.

RH: Ich hätte noch einige Fragen zur sogenannten ärztlichen Hilfeleistung an Günter.

Frau R.: Also, von ärztlicher Behandlung im Polizeipräsidium kann ja gar keine Rede sein. Es ist darauf hingewiesen worden - sogar mehrfach - daß mein Mann Bluter ist. Als er das erste Mal in die Stuhlreihen geworfen wurde, hat er selber gesagt: 'Achtung ich bin Bluter!' Die Genossen haben den ganzen Weg im Wagen und auch noch im Polizeipräsidium darauf hingewiesen: Der Mann ist Bluter, es muß sofort für ihn etwas getan werden - es besteht höchste Lebensgefahr!

Als ich von der Verhaftung hörte, habe ich im Polizeipräsidium sofort angerufen und auch nochmal darauf hingewiesen. Da sagten sie nur: 'Nein, sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, es ist niemand verletzt worden und es besteht überhaupt keine Gefahr.' Wenn man davon ausgeht, daß die Polizeibeamten alle Idioten waren und nicht wissen, was ein Bluter ist, dann müßte doch wenigstens der Polizeiarzt, dem die Atteste und der Ausweis meines Mannes vorlagen, sich darüber Gedanken gemacht haben und eine andere Untersuchung vorgenommen haben, als er es getan hat. Er hat ihm nur leicht auf die Backe geschlagen und gesagt: 'Nun komm'se mal, das wird schon wieder.' Er hat ihm Hemd und Hose aufgemacht und geguckt, ob er irgendwo Flecken am Körper hatte. darin bestand die ganze Behandlung. Obwohl von der Polizei heute die Meinung vertreten wird, daß er eine ärztliche Behandlung gehabt hat, ist meine Meinung: wenn der Arzt ihn sofort ins Krankenhaus eingeliefert hätte, dann hätte er vielleicht noch gerettet werden können. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die von Fachleuten.



RH: Am Abend, als dann Günter mit dem Taxi nach Hause gekommen war, nachdem er wieder zu sich gekommen war (Er war eine ganze Weile ohnmächtig gewesen), da hast Du sofort den Notarzt gerufen. Was hat der nun gemacht, um zu sehen, wie schwer Günter verletzt war?

Frau R.: Dieser Notarzt kam hier bei uns an, ohne Arztta-sche, nur mit einem Rezeptblock in der Hand. Und - ich ließ mich dann dazu verleiten, ihm die Wahrheit zu sagen. Ich habe ihm erzählt, wie alles gewesen ist, und wie es dazu gekommen ist. Sein einziger Kommentar darauf war: 'Die Polizei schlägt schon keinen Unschuldigen.' Dann mußte ich zur Seite treten und er fuhr meinem Mann mit dem Finger vor den Augen hin und her, um seine Reflexe zu prüfen, und Günter mußte die Zunge herausstrecken. Und dann sagte er: 'Ja, wann ist das gewesen, ...Halbeins - das ist ja schon so lange her, das kann ja kein Mensch mehr feststellen. Und was soll ich denn da machen? Ich bin ja nur der Notarzt. Sehen Sie mal zu, daß Sie mir die Überweisung besorgen, die muß ich natürlich unbedingt haben. Dann gehen Sie zum Hausarzt und sehen Sie, wie sie das dort schnellstens über die Bühne kriegen.' Mein Mann hatte eine Verletzung am Bein, die war dick geschwollen. Ich hatte den Fuß vor dem Notarzt auf den Tisch gelegt. Da hat er nicht mal einen Blick drauf geworfen, obwohl ich ihn darauf aufmerksam gemacht hatte. Er hat nur ein Rezept ausgeschrieben und konnte nicht schnell genug wieder wegkommen.

"Hier kann man nicht überzeugen, hier muß man um sein Leben kämpfen - und den Klassenfeind vernichten"

mit Frau Rotraud Routhier

RH: Am Abend von Günters Todestag war eine Veranstaltung der KPD/ML. Du warst dabei. Welches waren Deine Eindrücke? (Am Nachmittag hatte eine illegale Kundgebung von KPD/ML und RH stattgefunden; die Polizei hatte erfolglos versucht, sie zu verhindern. Anm. d. Red.)

Frau R.: Nachdem ich auf dem Weg zur Veranstaltung den Polizeiteror in seiner ganzen brutalen Scheußlichkeit kennengelernt hatte, nachdem uns den ganzen Weg über Mannschaftswagen begleitet hatten und zivile Wagen mit politischer Polizei an uns vorbeifuhren, die uns angrinsten und sich königlich darüber freuten, daß sie es endlich geschafft hatten, - da war das ein Unterschied: Diese Atmosphäre bei der Veranstaltung! Z.B. die Rede, die der Hanfried B. gehalten hat, die hat mich dermaßen getröstet, und ich hatte die ganze Zeit das Gefühl, mein Mann ist dabei und freut sich, und erlebt das alles mit. Und der Höhepunkt war praktisch, daß sie ihn dann noch in die Partei aufgenommen haben! Auch meine Schwiegermutter, die

Es fiel keine Träne der Trauer,
als wir dich senkten hinab,
wir standen geballt unsre Fäuste,
als deine Röcher am Grab.

Mit den Hinterbliebenen, mit seiner Partei, mit der ganzen Arbeiterklasse trauert die Rote Hilfe um Genossen

GÜNTER ROUTHIER

4. 11. 1928 18. 6. 1974

Mitglied der KPD/ML

14 Tage nachdem er bei einem Polizeieinsatz während eines Arbeitsgerichtsprozesses in Duisburg zusammengeschlagen worden war, verstarb er am 18. Juni 1974. Er wurde ein Opfer seines Kampfes für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Im Kampf für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung wird das Andenken des Genossen der Roten Hilfe heilig sein.
Dortmund, 20. Juni 1974

ROTE HILFE in Westdeutschland und Westberlin
Provisorische Zentrale Leitung

einen jungen Mann, den ich gut kenne und der auch beim Geburtstag meines Sohnes dabei war, - wie sie den an den verdrehten Armen über die Straße geschleift haben. Wie sie andere auf die Köpfe geschlagen haben, um sie in die Autos zu bringen, wo sie nicht freiwillig einsteigen wollten. Ein Mädchen ist der Länge nach hingefallen, und es wurde über sie hinweggetrampelt. Viel mehr habe ich nicht gesehen, denn ich habe dann bald einen Nervenzusammenbruch gekriegt. Ich kann mich an sich ganz gut beherrschen, aber ich habe in meinem Leben noch nicht so geweiht wie in diesem Augenblick. Meine Schwiegermutter hatte Angst um meinen Sohn und ist auf die Polizei losgegangen und hat eine ganze Zeit lang versucht, die alle aus den Polizeiwagen wieder rauszuziehen, um zu gucken, ob mein Sohn dabei war. Sie wurde dann an die Seite geschoben, und es wurde ihr klargemacht, sie hätte nichts mehr zu sagen und sie sollte lieber gehen. Sie ist dann von einem Genossen weggeführt worden, und wir sind weitergezogen bis zum Friedhof. Vorher habe ich nur noch gesehen, wie die Polizisten auf die Kränze eingeschlagen haben und versuchten, die Schleifen abzureißen. Und ich habe gedacht: Da kommt kein Kranz mehr heil zum Friedhof. Die ganzen Blumen lagen auf der Straße. Auf dem Friedhof habe ich mich darüber gewundert, daß trotz des riesigen Polizeieinsatzes noch eine derart große Menschenmenge sich versammelt hat. Und auf dem Friedhof selbst sind wir unbehelligt geblieben - ausgenommen einen Polizeihubschrauber, der die ganze Zeit über uns kreiste und mit seinem Lärm sehr störend wirkte. Die Trauerfeier an sich war wunderschön, und auch meine Verwandten, die praktisch der ganzen Situation ziemlich fassungslos gegenüberstanden, haben mir hinterher gesagt, daß sie sehr beeindruckt gewesen sind. Vor allem auch von der Begeisterung, die ihnen aus all den jungen Gesichtern entgegengeleuchtet hat.

RH: Rotraud, Du hast ein kleines Geschäft hier in Wanheimer Ort, und Du fürchtestet etwas, daß Deine Kunden Dir untreu werden könnten, oder, daß die Nachbarn und die umliegende Bevölkerung kein Verständnis haben könnten für das politische Interesse, das Günter zu Lebzeiten gehabt hat, und für die Vorgänge um seine Ermordung. Welche Erlebnisse hast Du jetzt mit Deinen Nachbarn und Kunden und der Bevölkerung hier in Wanheimer Ort gehabt, und wie würdest Du ihre Reaktion auf den Mord an Deinem Mann einschätzen?

Frau R.: Ich kann nur sagen, daß keine meiner Befürchtungen eingetroffen ist. Nicht nur, daß Kunden mit am Grab waren und von der Trauerfeier so beeindruckt waren, daß sie weinten, als sie mir die Hand gaben. Auch hinterher im Laden habe ich nur gute Erfahrungen gemacht. Es sind Kundinnen gekommen und haben gesagt: 'Wir haben fassungslos vor den Plakaten gestanden und haben gesagt, das kann doch nicht möglich sein!' Sie haben dann mit jungen Leuten von der KPD/ML gesprochen, die sie angesprochen haben. Die hätten so nett und lieb mit ihnen geredet, da könne man gar nicht anders drüber urteilen. Und man könne es nicht verstehen, daß die Polizei so vorgeht. Eine ganz alte Frau kam zu mir und sagte: 'Ich kann Sie so gut verstehen! Mir ist vor vielen Jahren dasselbe passiert. 1920 ist mein Mann auf der Straße erschossen worden. Und ich stand da mit drei kleinen Kindern - das jüngste war 2 Jahre -, und mir hat kein Mensch geholfen.' Heute Morgen war noch eine Kundin im Laden, die meinen Mann sehr gut kannte. Denn er war überall beliebt, und alle mochten ihn gut leiden, weil er eben für jeden Zeit hatte und sich die Sorgen von allen Menschen anhörte und auch noch versuchte zu helfen, wo er konnte. Und diese Frau hat lange bei mir im Laden oben gestanden und geweint und hat gesagt, sie hat alle Flugblätter aufgehoben und hat sie alle zur Ostzone geschickt. Sie kommt von drüben. Damit die Leute auch drüben wissen, wie's hier zugeht und was hier alles Furchtbares passiert.

RH: Deine Genossen und Freunde haben immer wieder gesagt, daß sie den Tod Deines Mannes, des Genossen Günter, rächen werden.

FortS. S. 10

mich begleitet hatte, und die früher noch sehr viele Zweifel hatte, war sehr beeindruckt von der ganzen Veranstaltung.

RH: Am Montag, dem 24.6. fand die Beerdigung von Günter statt. Die KPD/ML, die Rote Hilfe und andere fortschrittliche Organisationen hatten zu einem großen Trauermarsch zum Friedhof aufgerufen, wo sich über 5000 Menschen zusammenfanden. Du warst auch dabei. Bitte, schildere uns doch Deine besonderen Erlebnisse und Deine Einschätzung der Vorkommnisse dieses Tages.

Frau R.: Ich hatte den Trauerzug bei der Polizei angemeldet, und mir persönlich ist kein Verbot zugestellt worden. Also war das mein Trauerzug und das waren alles meine Trauergäste, die sich dann auf der Fischerstraße zum Schluß gesammelt haben um zum Friedhof zu gehen. Wir haben die ganzen Kränze mitgetragen und sind die Hultschiner Straße runtergezogen. Dann wollten wir abbiegen, um auf die Düsseldorf Straße zu kommen. Da kamen uns die ganzen Mannschaftswagen entgegengefahren, und wir sind weiter geradeaus gegangen. Sie haben ungefähr die Hälfte des Trauerzuges vorbeiziehen lassen. Dann sind sie aus den Wagen herausgesprungen, keilförmig in den Trauerzug hinein und haben ihn nach zwei Seiten auseinandergeprügelt. Ich habe gesehen, wie die Polizisten auf die Anwesenden eingepprügelt haben. Wie sie

en, wenn man selber leben will." Vermächtnis des Genossen Günter an alle Revolutionäre

Welche weiteren Maßnahmen wirst Du mit Unterstützung der KPD/ML, der Roten Garde und der Roten Hilfe nun in Angriff nehmen, um der Bourgeoisie einen schweren Schlag zu versetzen?

Frau R.: Die Polizei und die sogenannte "freie Presse" versuchen natürlich mit allen Mitteln, den ganzen Fall zu vertuschen und zu verdrehen und verbreiten die scheußlichsten Lügen. So wird zum Beispiel von der Politischen Polizei erzählt, daß mein Sohn seinen Vater die Treppe hinuntergeworfen hat, und daß sein Tod ganz natürlich durch eine spontane Blutung eingetreten ist. Mein Mann ist seit 8 Jahren Bluter, und dann ist es "natürlich ganz selbstverständlich", daß er ausgerechnet dann, wenn er die Treppe hinuntergeworfen wird, eine "spontane" Blutung bekommt. Ich habe Strafanzeige gestellt wegen Mord, wegen schwerer Körperverletzung, wegen unterlassener Hilfeleistung gegen die Beamten der Politischen Polizei, der Kriminalpolizei, des 14. Kommissariats und der Bereitschaftspolizei. Ich mache mir zwar keine Illusionen über den Ausgang des Prozesses, aber ich bin der festen Überzeugung, daß der Prozeß nötig ist, um die Bevölkerung auch weiterhin darüber aufzuklären, wie der Staatsapparat funktioniert und wie die Gerichte manipuliert werden.

Ich bin überzeugt, Daß auch über einen negativen Ausgang des Prozesses die Bevölkerung Bescheid weiß und ihr klar wird, wie es hier zugeht, was sie in Zukunft zu erwarten hat, und wogegen sie sich wehren muß.

RH: Rotraud, Du hast durch den Mord an Deinem Mann, unserem Genossen Günter, natürlich viele Erfahrungen gesammelt.

Frau R.: Ich kann nur sagen: Ich komme mir vor wie Dornröschen, was aus einem langen Schlaf erwacht ist. Ich habe bis jetzt ein vollkommen unpolitisches Leben geführt. Ich wußte gerade, wie der Bundeskanzler hieß, aber weiter reichte es auch nicht. Dadurch, daß mein Mann sich immer stärker dafür interessierte, suchte er natürlich einen Gesprächspartner, und da war ich der nächste, und er hat dann ununterbrochen mit mir diskutiert darüber und hat mich so langsam immer näher dahin gebracht und mich immer mehr davon überzeugt, daß ich zum guten Schluß vollständig mit ihm einer Meinung war. Ich fühlte mich vollständig sicher in meinem Leben, in meiner Umgebung, und für mich war die Polizei mein "Freund und Helfer", und ich habe mich erst sehr lange dagegen gewehrt, wenn mein Mann mich da vom Gegenteil überzeugen wollte und sagte, daß doch nicht alles so ist, wie man glaubt. Deswegen war das für mich ein ganz besonders großer Schock, wie ich diesen Einsatz jetzt erlebt habe. Ich glaube, ich bin heute so weit, wenn jemand bei mir einbrechen würde, dann würde ich mich lieber mit den Einbrechern arrangieren als die Polizei holen!

RH: Gerade auch durch den Mord an Deinem Mann bist Du in besonders engem Kontakt zur KPD/ML getreten. Wie würdest Du die bisherigen Aktivitäten einschätzen?

Frau R.: Ich fand es so großartig, daß alle die jungen Menschen, die ich ja praktisch persönlich gar nicht kannte, sich eingesetzt haben und Verhaftung und Polizeiterror in Kauf genommen haben, bloß, um auch in diesem Fall die Wahrheit zu verbreiten.

RH: Was schlägst Du nun der Roten Hilfe vor, auch dem Initiativkomitee der RH Duisburg, die den Kampf aufgenommen hat, um gegen die politische Unterdrückung und für die Revolution einzutreten?

Frau R.: Ich finde erst einmal, daß die Gründung der Roten Hilfe eine großartige Sache ist. Ich kann das alleine aus meiner Sicht jetzt schon beurteilen, da mir durch das gesammelte Geld sehr viel geholfen worden ist. Ich möchte die Rote Hilfe bitten, so weiterzuarbeiten und die Bevölkerung aufzuklären und anzuhalten, daß sie mithilft, daß in solchen Fällen die erste Härte gemildert werden kann. Vor allem, weil zu befürchten ist, daß dieser Fall nicht der einzige bleiben wird. Ich bin mir bewußt, daß die Rote Hilfe eine gewaltige Kraft ist, die die Bevölkerung aufrüttelt und in den Kampf gegen die politische Unterdrückung führt und so zum Sieg der Revolution entscheidend beitragen wird. Ich bin dazu entschlossen mitzuhelfen, soweit es in meiner Macht steht.

RH: Rotraud, wir danken Dir herzlich für dieses Interview. Wir hoffen, daß es entscheidend mit dazu beitragen wird, den Kampf gegen den Terror der herrschenden Klasse voran zu bringen.

KAMPF DEN POLITISCHEN



Hamburg, 7. Mai 1974
Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude

74 O. 225/74

Landgericht Hamburg

Beschluß

In der Sache

der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik,
vertreten durch den Hauptvorstand,
dieser vertreten durch die Herren K. Hauenschildt
und W. Witt, 3 Hannover, Königsworther Platz 6.
- Antragstellerin -

Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwältin Dr. G.G. Weiland, A. Jahr,
Dr. B. Weiland, W. Amelang, R.-D. Kloß,
2 Hamburg 11, Katharinenstr. 3,

gegen Herrn B. K e h r e n ,

2 Hamburg 20, Wendloher Weg 10,

- Antragsgegner -

beschließt das Landgericht Hamburg, Zivilkammer 24,

I. In Wege einer einstweiligen Verfügung - der Dringlichkeit wegen ohne mündliche Verhandlung - wird dem Antragsgegner bei Vermeidung einer vom Gericht für jeden Fall der Zuwiderhandlung festzusetzenden Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten

verboten,

folgende Behauptungen und Äußerungen gegenüber Dritten aufzustellen und/oder zu verbreiten:

1. Die Kündigung der Frau Schacht sei von Betriebsrat und Gewerkschaftsführung betrieben und in bewährter Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung beschlossen worden. Dieses Vorgehen der Gewerkschaftsführung sei bewährte Praxis.
2. Jede Kritik werde als gewerkschaftsfeindlich diffamiert.
3. Die Gewerkschaftsführung habe sich mit dem "Radikalenbeschuß" das Mittel geschaffen, um die Wortführer der "Gruppe Hamburger Kommunisten" als "Feinde der Gewerkschaft" auszuschließen.
4. Es bestehe eine Kumpanei zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung, die immer krasser zutage trete, indem immer häufiger IG Chemie-Betriebsräte bei der Betriebsleitung die Kündigung der fortschrittlichen Kollegen, Streikführer und Wortführer der Arbeiterklasse wegen "Störung des Betriebsfriedens" beantragten.
5. Die Seminare der Gewerkschaftsführung, wie das Wochenendseminar in Lühjensee unter dem Thema: "Gewerkschaftliche Vertretungsarbeit und Arbeitskampf", sowie diese kämpferischen Phrasen seien der Deckmantel für Spaltung der Kampfkraft, aktive Unterstützung von Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitshetze und die massive Unterdrückung aller fortschrittlichen Kollegen.
6. Bei den Gewerkschaftsführern handele es sich um Arbeiterverräter.
7. Die Arbeiterverräter Hglet, Paulsen, Thiesen und Koppelman setzten alles daran, die Diskussion und den Kampf gegen die Rationalisierung bei der I&E zu verhindern.
8. Diese schwätzten auf Seminare von Arbeitskampf und Solidarität und betrieben gleichzeitig den Raubschuß der Kollegen in Betrieb. Das sei das verlogene Spiel der Spalter und Dummstapen in den eigenen Reihen. Die Gewerkschaftsführung und ihre Handlanger betrieben das Geschäft des Kapitals.
- II. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Antragsgegner nach einem Streitwert von DM 20.000,- zur Last.

Der Vorsitzende

Engelschall

Vorsitzender Richter am Landgericht.

Ausgefertigt:

(L.S.) Kettner, Justishauptsekretär,

als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle.

ENTLASSUNGEN UND GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSEN!

Die Tatsachen sprechen für sich: Die Kapitalisten und ihre Handlanger in Gewerkschaft und D"K" P geraten in Panik, wenn sie nur Kommunismus hören. Sie haben Angst. Und das ist kein Zeichen ihrer Stärke oder gar Offensive, sondern ein Zeichen ihrer elenden Schwäche.

Politische Entlassungen sind eine Machtfrage. Der reaktionären Macht des Kapitals, seiner Justiz und seiner Polizeiknechte setzen wir die revolutionäre Macht der Solidarität entgegen, die Waffe der Einheit im revolutionären Kampf. Erfolge erzielen wir nicht durch Bittschriften und Anbiederei an den Klassenfeind, oder durch Appelle an die "Gerechtigkeit" der bürgerlichen Klassenjustiz, sondern einzig und allein durch die Organisierung der revolutionären Solidarität der Arbeiterklasse. Der Weg, vor dem Klassenfeind zu Kreuzen zu kriechen führt nur zu Niederlagen. Deswegen können wir im Kampf gegen Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen niemals unsere revolutionäre Überzeugung verleugnen. Wenn die Gewerkschaftsböden uns durch ihre Reverse zu Distanzierung vom Kommunismus und der Revolution zwingen wollen, so werden sie Schiffbruch erleiden. Denn ein Revolutionär steht zu seiner Sache, und kein Terror der herrschenden Klasse kann ihn davon abbringen.

Im Kampf gegen politische Entlassungen machen wir die Arbeitsgerichte, diese Unterdrückungsinstrumente des Kapitals, zu Tribünen unseres revolutionären Kampfes. Den Prozeß nutzen wir zur Schaffung und Festigung der Solidarität. Nur der Druck der Solidarität kann die bürgerlichen Gerichte zu für uns günstigen Urteilen zwingen.

Deshalb: Stärkt die Solidaritätsfront mit den entlassenen Kollegen!
Schafft Rote Hilfe!

Kampf den politischen Entlassungen! Sofortige Einstellung aller entlassenen Kollegen!

Kampf der politischen Unterdrückung!
Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!
Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!
Es lebe die sozialistische Revolution!

Genosse Günter Wagner entlassen

Günther Wagner, Mitglied der KPD/ML und Thyssenarbeiter, wurde am 4. 7. entlassen. Wieder erlebten die Arbeiter das bewährte Zusammenspiel von Kapitalisten und ihren Handlangern im Betriebsrat. Bereits im Herbst 1973 war der Genosse Günther schon einmal von den ATH-Bossen entlassen worden, nachdem ihn die Polizei vor seiner Haustür verhaftet, verschleppt und in einem Münchener Gefängnis gefangen gehalten hat. Doch durch den unermüdligen Kampf der KPD/ML und durch das entschlossene solidarische Eintreten seiner Kollegen mußten die ATH-Bosse die Entlassung zurücknehmen. Über ein dreiviertel Jahr brauchten Konzernleitung und Betriebsratböden, um mit ihrem Unterdrückungsapparat die nochmalige Entlassung des einen Kommunisten vorzubereiten: Gewerkschaftsausschluß, Redeverbote Ver-

hinderung der sicheren Wahl zum Vertrauensmann, ständige Versetzung in neue Abteilungen und schließlich Entlassung auf Antrag des Betriebsrates. Begründung: "Weil er ... ernstlich den Betriebsfrieden gestört" habe, indem er auf Belegschaftsversammlungen als Kommunist die Ausbeutung und ihre Ursachen beim Namen nannte und den revolutionären Ausweg wies. Vielen Kollegen wird es bei dieser Kumpanei von Staat, Kapital und IGM-Apparat klarer werden, daß der Genosse Günther den einzig richtigen Weg geht, und sie werden seine Arbeit fortsetzen. "Hat die kommunistische Partei einmal im Betrieb den Kampf aufgenommen, kann sie nichts hinausdrängen." (Roter Greifer, Betriebszeitung der KPD/ML bei Thyssen)

HAMBURG: Inge Humburg entlassen!

Am 23.4. wurde Inge Humburg, Chemielaborantenlehrling bei Beiersdorf in Hamburg, ohne Angaben von Gründen fristlos entlassen (was bei Lehrlingen in der 3-monatigen Probezeit nach

Kapitalisten "recht" jederzeit möglich ist).

Der Grund war klar: Inge sollte entlassen werden, weil sie Kommunistin ist, weil sie unter den Kollegen im Betrieb den unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat, die sozialistische Revolution unter Führung der KPD/ML propagierte. Der Betriebsrat lehnte mit 13 zu 8 Stimmen die Kündigung zwar noch ab, zumal klar war, daß eine Ablehnung bei einer Kündigung während der Probezeit sowieso keine Rolle spielt. Um ihre Handlangerfunktion für die Kapitalisten zu beweisen, ließ die IG-Chemie nicht lange mit der Einleitung eines Ausschlussverfahrens auf sich warten. Begründung: Mitgliedschaft in der Roten Hilfe (als Beweis: Kontaktadresse bei einem

RH-Flugblatt unter der Überschrift: "Freiheit für alle politischen Gefangenen!" sowie die Veröffentlichung dieser politischen Entlassung und die Parteinahme für die Entlassene seitens der Betriebszelle der KPD/ML, die vor allem die Verräterrolle des Gewerkschaftsapparates anprangerte).

Entlassen weil sie die Wahrheit über den Mord an Gen. Günter verbreiteten

In Kiel wurden zwei Kommunisten fristlos entlassen, weil sie auf einer Betriebsversammlung über den Mord an Gen. Günter berichtet hatten.

In Dortmund soll eine Lehramtsanwärterin gefeuert werden, weil sie den Mord an Günther im Unterricht aufgerollt hatte und weil sie Unterschriften für Sascha Haschemi gesammelt hatte.

In Duisburg soll die Lehrerein Beate K. aus der Schule fliegen. Mehrmals schon drohte die Schulbehörde ihr mit Versetzung oder Entlassung. Nach der Ermordung des Gen. Günter und dem Polizeiüberfall auf den Trauerzug am Tage seiner Beerdigung soll Beate K.

Landesarbeitsgericht Frankfurt:

"Die Entlassung des kommunistischen Betriebsrates Leicht ist gerechtfertigt!"

Am 31. 5. fand in Ffm der Arbeitsgerichtsprozeß Leicht gegen die Fittingsfabrik Bänninger in Gießen statt (siehe "Rote Hilfe" Nr. 24!).

Die RH Gießen hatte zusammen mit der KPD/ML die Vorbereitung und Durchführung des Prozesses übernommen. Durch Flugblätter, Broschüren und eine Veranstaltung wurde der Prozeß bekanntgemacht.

Bei dem Prozeß war der Saal voll besetzt; ca. 40 bis 50 Kollegen, Freunde und Genossen waren gekommen! Der Richter gab sich bei seiner Einleitung sehr "neutral". Man spürte förmlich, wie er den Eindruck erwecken wollte, er schwebte über den Klassen.

Er merkte sehr schnell, daß hier kein Arbeitervertreter klagte, der nur aus Versehen entlassen worden war; hier stand ein Revolutionär, der treu zur Sache der Arbeiter, der treu zum Kommunismus steht. So ließ das Gericht sein liberales Mäntelchen fallen. Wenn die Zuschauer Beifall klatschten oder Zwischenrufe machten, versuchte der Richter sie einzuschüchtern. Nach den Ausführungen des Genossen Leicht kamen dem Gericht Zweifel an seiner "Betriebsstreue". Auch da machte er klar, wie treu und fest er zur Arbeiterklasse steht: die Interessen der Kollegen, die ihn zum Betriebsrat machten, hatte er immer fest vertreten, als Kommunist hatte er nie den eigenen Vorteil gesucht. Das Urteil: "Die Klage wird abgewiesen. Die Entlassung ist gerechtfertigt" zeigt im Grunde nur die Angst der Bourgeoisie. Weil die Kommunisten, weil die Revolutionäre in der Arbeiterklasse und bei den werktätigen Massen immer besseren Rückhalt finden, werden sie unterdrückt und verfolgt. Weil die Massen in ihren eigenen Kämpfen erleben, wer an ihrer Seite steht, wer den Ausweg zeigen kann, deshalb werden solche Urteile gefällt.

Wir werden den Kampf nicht aufgeben, vorübergehende Rückschläge werden wir in Siege verwandeln!

SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG DER KOMMUNISTISCHEN BETRIEBSRÄTE!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!
NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

jetzt rausfliegen. Die Schule liegt in dem Viertel, wo der Genosse Günter wohnte. Am Beerdigungstag hatten die Kinder und viele ihrer Eltern den Polizeiterror mit eigenen Augen erlebt. Als Beate K. in ihrer Klasse von der drohenden Entlassung berichtete, organisierten viele Schüler in ihrer Empörung sofort den Widerstand: Wandzeitungen und Flugblätter wurden hergestellt, Diskussionen über Kampfmaßnahmen fanden statt.

Auch hier: Der Stein, den sie erhoben haben, fällt den Herrschenden auf ihre eigenen Füße!

Die ROTE HILFE aufgebaut!

In der kurzen Zeit seit dem erfolgreichen Abschluß der zentralen Konferenz der Rote-Hilfe-Gruppen in Bochum vom 12/13. April konnten beim Aufbau der Roten Hilfe zu einer revolutionären, proletarischen Massenorganisation, beim Zusammenschluß der Rote-Hilfe-Gruppen zu einer starken zentralisierten Organisation, der ROTEN HILFE DEUTSCHLAND, große Erfolge erzielt werden.

Überall wurde durch den programmatischen Aufruf (Entwurf) in die Reihen der Roten Helfer ideologische Klarheit getragen. Sie haben deutlicher erkannt, daß die Rote Hilfe klar unterscheiden muß zwischen Revolution und Reform, zwischen der Organisierung der proletarischen Klassensolidarität, die ein Teil des Kampfes gegen den kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerstaat ist, und jenen Spielarten des Rechtsopportunisten und Revisionismus, die den Namen Rote Hilfe für ihre rosa Caritas, für ihre Knasthilfe oder ihr bürgerliches Spezialistentum in Form eines "Netztes von Rechtsanwälten und Medizinerinnen" mißbrauchen. So wurde die Diskussion über den Verlauf der Bochumer Konferenz und über den programmatischen Aufruf in die Rote-Hilfe-Gruppen getragen. In einigen Städten (so zum Beispiel Bochum, Marburg, Frankfurt, Tübingen, Giessen, Gelsenkirchen-Wattenscheid) führte dies zur notwendigen Trennung von feindlichen Elementen, die die Diskussion über die revolutionäre Linie der Roten Hilfe zu sabotieren versuchten und sich hinter den Antikommunisten-Beschluß der Bochumer Konferenz stellten. Dies führte zum Teil zu einer vorübergehenden zahlenmäßigen Schwächung der Roten Hilfen, doch bald zeigte sich auch hier: Die richtige politische Linie entscheidet alles. Trotz der zunächst geringen Kräfte zeigte sich eine qualitative Verbesserung der Arbeit der Roten Hilfen.

Sehr bald schon konnten immer neue Rote Helfer hinzugekommen werden. Die Rote Hilfe Marburg zum Beispiel ist mittlerweile schon so gewachsen, daß sie zahlenmäßig genau so stark wie vor der Säuberung ist. Eine Rote Hilfe,

die sich als Kampforganisation des Proletariats versteht, wird die Zahl der Kollegen, die sich in ihren Reihen zum Kampf gegen die politische Unterdrückung organisieren, ständig vergrößern können.

Aber der programmatische Aufruf, er war nicht nur Anleitung zur Bekämpfung und Hinaussäuberung Rote-Hilfe-feindlicher Strömungen. Auf der Grundlage dieses Aufrufs erfolgte eine Reihe von Gründungen neuer Roter Hilfen und Aufbaukomitees. In Köln, München, Münster nahmen schon bestehende Komitees ihre regelmäßige Arbeit auf. In Duisburg gründete sich ein Aufbaukomitee als Reaktion auf die brutale Ermordung von Günter Rottier. Neue Rote Hilfen wurden gegründet in Hannover, Mannheim, Lübeck, Böblingen/Sindelfingen und in Kiel (Hier kamen vierhundert Teilnehmer zur Gründungsveranstaltung der Roten Hilfe). In Nürnberg wandten sich Genossen vom Opportunismus der RH e.V. ab und schlossen sich um den revolutionären programmatischen Aufruf zusammen.

Heute gibt es revolutionäre Rote-Hilfe-Gruppen und Aufbaukomitees in: Hamburg, Kiel, Lübeck, Braunschweig, Hannover, Bielefeld, Münster, Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Aachen, Duisburg, Köln, Giessen, Marburg, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart, Tübingen, Böblingen/Sindelfingen, Reutlingen, Heidenheim, München, Nürnberg und Westberlin. Damit nahm die Rote Hilfe auch in Niedersachsen, im Rhein-Main-Gebiet, in München und Westberlin die Arbeit auf und erstarkte wesentlich im Gebiet Wasser- kante. Das bedeutet, daß die Rote Hilfe heute in allen wichtigen Industriegebieten, in den Zentren der Arbeiterbewegung, vertreten ist.

Überall erwies sich die Rote-Hilfe-Zeitung als ein wichtiges Mittel in unserem Kampf. Ihre schnelle Verbreitung überall in Westdeutschland und Westberlin spiegelt die Erfolge der Roten Hilfe wider. Schon nach kürzester Zeit war die erste Auflage vergriffen und mußte nachgedruckt werden.

RH Lübeck

Die junge ROTE HILFE LÜBECK berichtet über ihre Gründungsveranstaltung:

"Rote Hilfe Lübeck gegründet! Am 31. 5. wurde auf Initiative der KPD/ML und der Roten Garde die Rote Hilfe Lübeck gegründet. Zu Anfang hielt ein Genosse eine Rede auf der Grundlage des programmatischen Aufrufs, der die revolutionäre Linie der RH beinhaltet. Während der gesamten Veranstaltung sabotierte der "K" B-Nord die Auseinandersetzung über den Entwurf. Er löste nur die Parole "Gebt alle politischen Gefangenen frei!" aus dem Zusammenhang und behauptete, daß auch solche Todfeinde der Arbeiterklasse wie der Revisionist Corvalan freigekämpft werden müßten. Dieser Angriff auf die revolutionäre Linie der Roten Hilfe wurde von den Genossen energisch zurückgewiesen. Dieses Verhalten des "K" B reißt sich ein in die Versuche der Revisionisten und Opportunisten, die Rote Hilfe von ihrem revolutionären Weg abzubringen. Als die Vertreter des "K" B-Nord eine Abfuhr erlitten, verließen sie die Versammlung. In den anschließenden Kurzreferaten wurden folgende konkrete Aufgaben der RH Lübeck dargestellt: Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha, Unterstützung von Margit Schiller und Christa Eckes, die in Lübeck im Knast sitzen, Solidarität mit einem Genossen des "K" B-Nord, der eine Anzeige wegen Landfriedensbruch bekommen hat, Kampf gegen den Versuch, in der medizinischen Hochschule Lübeck die Isolationsfolter für die Praxis zu erproben. Anschließend wurden 100 DM für den Aufbau der Roten Hilfe Lübeck gesammelt."



RH München

Die ROTE HILFE MÜNCHEN führte eine Gründungsveranstaltung durch, auf der sich zwanzig Genossen in der Roten Hilfe organisierten. Hier ein Auszug aus einem Flugblatt der Roten Hilfe München zur Ermordung G. Jendrians:

"Dieser Mord zeigt nicht nur die Skrupellosigkeit der Anarchistenhatz, sondern er ist Bestandteil von dem Terror und der politischen Unterdrückung, mit denen die Bourgeoisie versucht, gegen Revolutionäre, gegen die gesamte anwachsende Arbeiterbewegung vorzugehen. Er zeigt ganz klar die zunehmende Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparats. In den immer schärfer werdenden Klassenkämpfen sieht sich die Arbeiterklasse einem organisierten

Feind gegenüber. Daher hat sie keine andere Wahl, als sich gegen diesen staatlichen Terror mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, als diesen Unterdrückerstaat mit der organisierten revolutionären Gewalt der Massen zu zerschlagen. Eine wichtige Waffe in diesem Kampf ist die Rote Hilfe. Sie organisiert die Massen an der Front gegen die politische Unterdrückung. Sie stützt sich in ihrem Kampf nicht allein auf die Verteidigung demokratischer, dem Klassenfeind abgetrotzter Rechte, sondern ihre Waffe ist die Solidarität der breiten Massen, denn nach den bürgerlich-"demokratischen" Rechten zeigt sich schon jetzt klar, daß die Mörder Jendrians ungestraft davon kommen werden."

In fast allen Städten stellte sich die Rote Hilfe mit einer Veranstaltung zum Thema "Was will die Rote Hilfe?" den Kollegen, Sympathisanten und Genossen vor.

RH Dortmund

Die ROTE HILFE DORTMUND berichtet über ihre Veranstaltung:

"Am 25. Mai führte die Rote Hilfe in Dortmund eine Veranstaltung durch, die bei allen Besuchern eine kämpferische und revolutionäre Zustimmung fand. In den Tagen vor der Veranstaltung hatten die Genossen keine Mühe gescheut, um die Aufgaben und Ziele der Roten Hilfe in vielen Teilen der Stadt bekannt zu machen. Durch Informationsstände in der Innenstadt und Hausbesuche in Arbeitervierteln gelang es uns, großes Interesse an der Arbeit der Roten Hilfe zu erwecken. Waren unsere Vorbereitungen schon ein großer Erfolg, so sollte es die Veranstaltung erst recht sein. ... Der erste Redner befaßte sich mit der Zunahme der Klassenkämpfe in Westdeutschland und schilderte die Aufgaben, die der Roten Hilfe gestellt sind. Gerade in Dortmund sehen wir, wie die Bourgeoisie zu allen denkbaren Mitteln der politischen Unterdrückung greift. Mit Rote-Punkt-Aktionen haben Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen gegen die zusätzliche Ausplünderung der Werktätigen durch die Bourgeoisie gekämpft. Als diese mit Polizei- und Justizterror gegen die mutigen Kämpfer vorging, reifte bei vielen fortschrittlichen Menschen der Gedanke an die Notwendigkeit einer Organisation heran, die allen politisch Verfolgten entschlossen unter die Arme greift. Die Rote Hilfe Dortmund entstand im Kampf gegen alle opportunistischen Ansichten und für das große revolutionäre Vorbild, die Rote Hilfe Deutschlands, mit Genossin Clara Zetkin an der Spitze. ... Es folgte ein Bericht über die Vorbereitung der Veranstaltung, über Hausbesuche und Unterschriftensammlungen, Informationsstände in der Stadt und über die Erfahrungen, die Genossen bei Gesprächen mit Dortmunder Kollegen und Hausfrauen gewonnen haben. Einhellige Meinung unter den Genossen: der Weg der Roten Hilfe ist richtig! So haben z.B. nahezu 7% der Studenten der PH Dortmund ihre Unterschrift für Sascha abgegeben. Die große Zahl verkaufter Exemplare der "Rote Hilfe" Nr. 24 zeigt uns den Weg der Zeitung zum Organ unter den Massen. Bauen wir die Rote-Hilfe-Zeitung zum Sprachrohr gegen politische Unterdrückung aus! ..."

Strafbefehle gegen

Anti-Schah-Demonstranten

Trotz Verbot wurde am 1.12.1973 gegen das faschistische Schah-Regime demonstriert. Jetzt schickt die Klassenjustiz Strafbefehle aus: Werner B. soll "wegen Widerstandes" 1050 Mark, Wolfgang B. wegen "Ansprachen an Demonstranten und Bevölkering" 1600 Mark Strafe zahlen!

RH Hamburg

Die ROTE HILFE HAMBURG schreibt uns:

"Am 28. 5. führte die Rote Hilfe Hamburg eine Großveranstaltung gegen die sich in letzte Zeit häufenden politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse durch, zu der etwa 200 Freunde und Genossen erschienen. Ein Sprecher der Roten Hilfe zeigte auf, daß sich das Proletariat als Antwort auf den faschistischen Terror der Bourgeoisie eine starke, breite Massenorganisation, die Rote Hilfe, aufbaut. Sie wird an der Front gegen die politische Unterdrückung Seite an Seite mit der Arbeiterklasse kämpfen, bis diese unter der Führung der Kommunistischen Partei, der KPD/ML, das kapitalistische System ein für alle Mal zerschlagen hat. Der Redner zeigte, daß in erster Linie Kommunisten vom Entlassungsterror betroffen sind und erklärte die Gründe dafür: Weil die Kommunisten diejenigen sind, die der Arbeiterklasse den einzigen Weg aus kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung weisen: die Zerschlagung der kapitalistischen Herrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Es wurde entlarvt, wie bei der Entlassung revolutionärer Kollegen die Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, die D"K"P sowie die Gewerkschaftsbonzen mit den Kapitalisten und Staatsapparat zusammenarbeiten. Nach Berichten von 5 Kämpfern, unter ihnen ein Genosse der KPD/ML, gab der Vertreter der 'Gruppe Hamburger Kommunisten' eine Erklärung ab: 'Die Gruppe Hamburger Kommunisten hat sich heute abend aufgelöst und betrachtet sich bis zur Klärung der noch bestehenden Widersprüche als Sympathisanten der Roten Hilfe und der KPD/ML.' Das war ein voller Sieg der revolutionären Linie.

Schulkampf in Hamburg

In Hamburgs Arbeiterviertel Osdorf wurde der Referendar und Sympathisant der KPD/ML Jürgen Paulick suspendiert und mit Hausverbot für sämtliche Hamburger Schulen und Fortbildungsanstalten belegt. Um dies durchzusetzen, erschien Landesschulrat Neckel persönlich mit uniformierten und zivilen Bullen an der Schule.

Die Suspendierung Paulicks löste einen Schulkampf aus. Behörde und Schulleitung reagierten auf den anwachsenden Schulkampf mit allen Anzeichen hysterischer Angst: täglich kreuzten mehr Bullen in Uniform und Zivil an der Schule auf; als eine Befragung der Schulleitung durch die Eltern angesetzt war, gleich eine Hundertschaft.

Die Rote Hilfe Hamburg hat den Schulkampf in Osdorf von Anfang an unterstützt und unterstützt ihn weiter unter den Hauptparolen:

Wiedereinstellung von J. Paulick!
Weg mit den Berufsverboten!
Kampf der bürgerlichen
Klassenschule!

RH Bochum

Die ROTE HILFE BOCHUM schreibt über ihre Fortschritte seit der Säuberung von den Opportunisten und Spontaneisten:

"Seit der Entfernung der Pseudorevolutionäre aus unseren Reihen sind zwei Monate vergangen. Wurde vorher fast kaum, höchstens an "Eingeweihte" die RH-Zeitung verkauft, so haben wir in dieser Zeit etwa 300 Exemplare an fortschrittliche und revolutionäre Menschen in der Stadt, in den Wohnvierteln und an der Universität verkauft. Wenn wir vorher Menschen, die Interesse hatten, die Rote Hilfe zu unterstützen, mit zu den RH-Treffen nahmen, so blieben sie das nächste Mal wieder weg, weil sie sahen, daß da Leute saßen, die garnicht wirklich gegen die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der herrschenden Klasse kämpfen wollten und die Arbeiter für den Kampf gewinnen wollten. Oder was soll ein Kollege davon halten, wenn gesagt wird "das ist doch Quatsch, was von der Revolution zu schreiben, das kapiert die Arbeiter ja doch nicht". Eine ganze Reihe solcher Menschen, die früher enttäuscht weggeblieben sind, aber auch neue haben in diesen Monaten unsere Reihen vergrößert ... Wir haben in vielen Teilen Bochums ein Flugblatt verteilt, das die Aufgaben der Roten Hilfe erklärt. Regelmäßig machen wir in einem Stadtteil, in der Stadtmitte und an der Universität einen Informationsstand, der auf Bildern und durch kurze Texte über die aktuellen Kämpfe in den verschiedenen Bereichen informiert. So wurde bei Opel wieder ein Kommunist entlassen. Gleich haben wir auch begonnen für ihn zu sammeln..."

rote hilfe

KAMPF den politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen

Wenn das Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht



Gesellschaft für die Verbreitung des
wissenschaftlichen Sozialismus

2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postschek Hmb 1935 72 - 207
Tel.: 040 / 4 10 17 36

e.V.: Hetze nach Art der Springerpresse

Die Führer der 'R'HeV haben ihren Beitrag zur Diskussion des programmatischen Aufrufs der Roten Hilfe geleistet. "Die Verbindung von demokratischem und sozialistischem heißt für sie (die revolutionäre RH - d.Verf.) nichts anderes als ständig nach Revolution zu schreien..."

"...Unbeugsam die KPD/ML propagieren, zum bewaffneten Kampf aufrufen und den Revisionismus bekämpfen - das ist der Kern ihres Rote-Hilfe-Programms. Nichts lernen, alles vergessen...!"

Dies sind die Kernsätze aus der Stellungnahme der eV.

Diese Herren kennen durchaus den Unterschied zwischen irgendeinem "Aufruf zum bewaffneten Kampf" und dem, was wirklich in der "roten hilfe Nr.24" steht. Dort heißt es: "Dem weißen Terror der herrschenden Klasse, ..., setzt die Rote Hilfe die Waffe der proletarischen Klassen-solidarität entgegen. Die Waffe der Einheit von tausenden und Millionen von Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse im Kampf für die Befreiung vom kapitalistischen Joch durch die bewaffnete Revolution."

Indem sie die Stellungnahme für die gewaltsame Revolution in einen "Aufruf zum bewaffneten Kampf" verdrehen, versuchen sie Antikommunismus zu schüren, indem sie einstimmen in die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse, die Kommunisten und andere Revolutionäre als "Gewalttäter" verteuelt.

Welch infame Hetze den Hintergrund dieser Verdrehung bildet, wird deutlich, wenn man sich ein Flugblatt ansieht, das anlässlich der Ermordung von Genossen Günter Routhier von den Herren der eV in Hamburg verteilt wurde. Dort steht:

"Nicht für den Kampf gegen volksfeindliche Terroristen wird der Polizeiparaparat systematisch aufgerüstet, sondern für die Aufrechterhaltung der volksfeindlichen Herrschaft der Kapitalistenklasse."

Nach den Vorstellungen der EV-Führer ist gegen eine Aufrüstung der Polizei

gegen bestimmte Revolutionäre offenbar durchaus nichts einzuwenden.

Die Schmierfinken erdreisten sich, von "volksfeindlichen Terroristen" zu sprechen. Ein jeder weiß, wer damit gemeint ist; Genossen wie die der RAF, die falsche Ansichten vertreten und Fehler machen, aber Revolutionäre sind, die zum Teil im Kampf ihr Leben gegeben haben! In diesem Ton sprechen die Springer-Journallen von Revolutionären!

Zuerst also unterstellen diese Herren der RH, sie würde heutzutage einfach "zum bewaffneten Kampf aufrufen", an anderer Stelle verhetzen sie dann Genossen, die das tatsächlich aus falschen Vorstellungen heraus machen als "volksfeindliche Terroristen"! Wann werden sie anfangen, die Genossen der Roten Hilfe als volksfeindliche Terroristen zu bezeichnen?! Die 'R'HeV erregt sich darüber, daß wir den modernen Revisionismus bekämpfen. In dem schon zitierten Hamburger Flugblatt lesen wir:

"Schluß mit dem Polizeiterror! Keine Schußwaffen für die Polizei! Schlagertrupps raus aus dem Gerichtssaal! Rücktritt des Duisburger Polizeipräsidenten! Bestrafung der Mörder von Günter Routhier!"

Die revisionistischen Illusionen, die aus diesen Parolen sprechen, bekämpft die Rote Hilfe allerdings, denn solange das Volk noch glaubt, man könne die Bourgeoisie bitten, ihre Polizisten nicht mit Schußwaffen auszurüsten, solange es die Illusion hat ein neuer Polizeipräsident würde eine Änderung bedeuten, solange es noch glaubt, man könnte die Schlagertrupps der Bourgeoisie anders als mit revolutionärer Gewalt aus den Gerichtssälen vertreiben, solange wird es nicht möglich sein, Schluß zu machen mit der Unterdrückerherrschaft!

Und solche Illusionen zu verbreiten, bedeutet nichts anderes, als die werktätigen Massen an die Unterdrücker zu binden! Die Führer der EV beklagen sich man habe sie als Revisionisten und Trotzkiisten "beschimpft". Man habe

ihnen gar Sozialfaschismus vorgeworfen. Aber zu den Schmierereien über "volksfeindliche Terroristen", gegen die man die Polizei ruhig aufrüsten kann, kann man in der Tat nichts anderes sagen. Ihre ganze Stellungnahme zum programmatischen Aufruf nützen die EV-Führer keineswegs zur Auseinandersetzung um die Linie der Roten Hilfe.

Vielmehr benutzen sie sie dazu, um ihre prinzipielle Feindschaft zur Revolution und zur revolutionären Gewalt und zur KPD/ML ausdruck zu verleihen. Sie möchten durch ihre Hetze gegen die KPD/ML einen Keil zwischen die KPD/ML und die Rote Hilfe treiben. Sie wollen gerne davon ablenken, daß sie selbst eine Zusammenarbeit mit der KPD/ML grundsätzlich ablehnen, weil sie revolutionär ist, und daher konsequent für die bewaffnete Revolution und gegen den Revisionismus auftritt. Sie spotten über Leute, die, wie sie sagen "immer bloß nach Revolution schreien". Nach Revolution aber rufen alle Geknechteten und Unterdrückten und ihr Schrei nach Befreiung ist uns, der Roten Hilfe, Verpflichtung auf eine klare, unverfälschte, revolutionäre Linie. Denn nur sie kann garantieren, daß die unterdrückten Massen ihre Befreiung im Sozialismus erreichen.

Die Gemeinsamkeit in den prinzipiellen Fragen der revolutionären Linie zum Kampf gegen politische Unterdrückung ist es, was uns eng mit der KPD/ML, eng mit allen Revolutionären, eng mit den um ihre Befreiung ringenden Werktätigen verbindet. Geben wir diese revolutionäre Linie auf, so werden wir scheitern, so werden wir, wie es mit Sicherheit den EV-Führern gehen wird, auf dem Misthaufen der Geschichte landen.

**Deshalb: VORWÄRTS IM KAMPF!
NIEDER MIT DEM MODERNEN
REVISIONISMUS UND ALLEN
OPPORTUNISTISCHEN ABWEICHUNGEN!
VORWÄRTS ZUR BEFREIUNG
DURCH DIE GEWALTSAME PROLETARISCHE REVOLUTION!**

Fortsetzung von Seite 5

Natürlich blieb dieser Kampf nicht ohne Reaktion seitens der reaktionären Staatsorgane. Die Offiziere haben Angst vor dem unerschrockenen Kampf der Kommunisten, vor ihrem Kampf als Rote Vertrauensmänner, vor ihrer Agitation und Propaganda in der Armee für die Losung: "IM Ernstfall dreht die Gewehre um!" Es begann mit der Festnahme von Verteilern vor Kasernen und dem Durchsuchen der Spinde ganzer Bataillone. Der MAD begann zu schnüffeln, die aktivsten Kameraden, denen man etwas nachzuweisen glaubte, wurden strafversetzt und kamen in den Bau. Es begann eine Jagd in den Kasernen auf die Soldatenfaust (wer mit einer SF erwischte wurde, kam mindestens für ein Wochenende in den Bau), ihre Besitzer und die Verteiler inner-

halb und außerhalb der Kasernen.

Als ein Kamerad eine Verfassungsbeschwerde einreichte, (er glaubte laut Grundgesetz das Recht zu haben, sich seine eigene freie Meinung bilden zu dürfen), wurde diese vom Bundesgerichtshof nicht zur Entscheidung zugelassen. Begründung: "Der Soldat muß verbindlichen Befehlen gehorchen" und "es besteht keine hinreichende Aussicht auf Erfolg". Wahrhaftig!

"Genossen!

Dieser Schlag der Bourgeoisie gegen den antimilitaristischen Kampf wird ein Schlag ins Wasser werden! Die Rote Hilfe unterstützt aktiv alle angeklagten Genossen, die bereit sind, vor den Schranken der bürgerlichen

Klassenjustiz als Klassenkämpfer die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft als Angriff auf die antimilitaristische und kommunistische Arbeiterbewegung zu entlarven und uns den Weg zeigen, den wir gehen müssen: den Weg des bewaffneten Widerstandes der sozialistischen Revolution." (Rote Hilfe München)

**KAMPF DER KLASSENJUSTIZ!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEANGENEN!
HINEIN IN DIE ROTE HILFE DEUTSCHLAND!
NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!
VORWÄRTS MIT DEM ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF!**

Offener Brief an den Genossen Sascha

Vor kurzem schrieb das Solidaritätskomitee, „Für die sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi“ in München einen offenen Brief an Genossen Sascha. Darin heißt es unter anderem:

„Wir organisierten in einigen Stadtteilen Stände, auf denen Unterschriftenlisten und Literatur auslagen. Dazu verteilten wir Flugblätter und diskutierten. Da viele Menschen sich bereit zeigten, auch in Form einer Spende ihren Solidaritätsbeitrag zu leisten, führten wir eine Straßensammlung durch. 4 Tage lang standen wir in der Fußgängerzone mit unseren Büchern, sammelten 700 DM und verteilten für jede Spende einen Anstecker. Es wäre sicher noch mehr geworden, wenn außer der KPD/ML sich noch andere Organisationen an der Aktion des Solidaritätskomitees beteiligt hätten, wie sie es versprochen hatten.

Daß die Massen mit ihrer Soli-

darität noch viel mehr bereit waren, zeigten viele Beispiele: So erklärte sich ein Mädchen spontan bereit, Dich zu heiraten, wenn man damit etwas erreichen könne.

Als Höhepunkt dieser Solidaritätsbewegung organisierte das Solidaritätskomitee... eine Großveranstaltung im Schwabingerbräu. Die AP-Truppe der KPD/ML führte dazu ein Stück auf, das die Mächenschaften der Bourgeoisie entlarvte und Deinen Kampf, den Kampf der Massen unter Führung der Kommunisten mit ihrer Partei, der KPD/ML, zeigte. Da die Bourgeoisie nicht gewillt war, dies so hinzunehmen, versuchte sie, uns zu provozieren. Mit 4 Hundertschaften, Einsatzkomman-

dos, Saalschlachttrups mit Heimen, Schilden und Knüppel und einer Menge Popos, die in den Saal eindrangen, versuchten sie uns einzuschüchtern. Klar, daß sie das nicht schaffen...

In München hat das Solidaritätskomitee bereits 1500 Unterschriften gesammelt (insgesamt sind es in München an die 3000). Unser Kampf ist ein Erfolg, weil wir auf die Massen vertrauen, weil wir alle Tendenzen von Zurückweichertum scharf bekämpfen und klar gegen die Bourgeoisie und ihre Handlanger kämpfen...

Nur so wird unser Kampf auch den Sieg bringen, Deine Einbürgerung.

Mit solidarischen Grüßen und einem kräftigen Rot Front Solidaritätskomitee für die sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi!



Bisher sind für Familie Routhier ca. 2500.- DM eingegangen – die genaue Spendenliste in der nächsten Nr. der rote hilfe-Zeitung.

Bestellschein

M. Banos
46 Dortmund
Kesselstr. 31

rote hilfe

Hiermit bestelle ich: Abonnement ab Nr.....

Name, Vorname

Beruf

Postleitzahl/Ort

Straße.....

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum Unterschrift

Spendenkonto:
H. Held
Stadtparkasse
Gelsenkirchen -
Kto 222086335

Kontakt:

Münster: Entlassungsterror gegen kommunistische Krankenschwester

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr wurde die kommunistische Krankenschwester Ute entlassen, weil sie sich konsequent für die Interessen der Kollegen eingesetzt hatte, die Mißstände im Krankenhaus aufgedeckt hatte und die Betriebszeitung der KPD/ML "Rote Bazillen" verbreitet hatte.

Nach vielen Ablehnungen hatte Ute eine neue Anstellung am evangelischen Krankenhaus gefunden. Diesmal mußte ein Fehler, der vom Chefarzt Dr. Liechtenstein selbst verursacht war, als Kündigungsgrund herhalten. Die große Solidarität der Kollegen von Schwester Ute gegen den unerhörten Fall politischer Unterdrückung erzwang ein Gespräch mit dem Chefarzt, wo jedoch der wahre Entlassungsgrund ans Licht kam: Ute sei entlassen worden, weil sie Kommunistin sei. Sie wäre wohl willkommen, wenn sie sich wie die D"K" P auf den Boden des Grundgesetzes stelle (d.h. wenn sie Verrat an der Arbeiterklasse und der Revolution üben würde - eine Erklärung, wie sehr die Bourgeoisie die D"K" P schätzt).

Die KPD/ML, die Rote Garde und die Rote Hilfe nahmen den Kampf gegen die Entlassung auf: Unterschriften wurden gesammelt, Flugblätter verteilt, zusammen mit der GRPD eine Demonstration durchgeführt, da zwei revolutionäre Jungarbeiter (Angehörige der Jugendorganisation der GRPD) gefeuert worden waren. Da diese Demonstration auch die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter verbreiten sollte, wurde sie mit strengsten Auflagen versehen, Flugblattverteiler wurden festgenommen. Auf einer Kundgebung vor dem Krankenhaus, der auch dreißig bis vierzig Kollegen von Schwester Ute zuhörten, zeigte Ute die Gründe für ihren Rausschmiß auf und zeigte, daß die proletarische Revolution der Ausweg ist.

Ein Genosse, der an der brutalen Ermordung des Genossen Günter klar machte, daß die Bourgeoisie der Polizei den Arbeitermord, die systematische Liquidierung von Kommunisten und Klassenkämpfern befohlen hat, wurde festgenommen. Ein zu Hilfe eilender Genosse ebenfalls. Die Kollegen standen klar auf der Seite der Genossen; viele stimmten ein in den Ruf: "Mörder! Mörder!"

Fortsetzung von Seite 7

Nicht immer gelingt es uns, ein niedriges Strafmaß zu erreichen, wie es uns der Prozeß gegen den Genossen Sascha zeigt. Aber auch das heißt nicht, daß wir verloren haben, sondern beweist nur im Gegenteil, je stärker der Kampf gegen das Instrument der politischen Unterdrückung anwächst, desto mehr ist es gezwungen, zu faschistischen Methoden zu greifen, zu Geheimjustiz und Polizeiterror.

Deswegen benötigen wir eine starke Rote Hilfe, um der Faschisierung des Staatsapparates wirksam begegnen zu können. Darum:

STÄRKT DIE ROTE HILFE!

VORWÄRTS BEIM

AUFBAU DER ROTEN HILFE DEUTSCHLAND

Schluss mit der Unterdrückung fortschrittlicher Ausländer und ihrer Organisationen!

Am 5. Mai fand in Hamburg der Wahlkongress des türkischen Arbeitervereins statt. Bei den Wahlen haben die türkischen Faschisten fortschrittliche Arbeiter aus der Türkei mit Stühlen, Eisenstangen, Messern überfallen, als sie sahen, daß sie die Wahlen und damit den Verein an fortschrittliche Arbeiter verlieren würden. Bei diesem Überfall, der von den Beamten des türkischen Generalkonsulats in Hamburg geleitet wurde, wurden viele fortschrittliche Arbeiter aus der Türkei verletzt. Der schwer verletzte Neset Danis wurde bewußlos ins Krankenhaus transportiert. Er starb am 21. Mai seinen Verletzungen. Die Frau Danis nach der Beerdigung ihres Mannes in der Türkei, die zurückkehren wollte, wurde sie von der Polizei in der Türkielagerung in der Umgebung von Schleswig-Holstein. Während des Falls der Faschisten auf fortschrittliche Arbeiter waren im Saal zwei westdeutsche Polizisten anwesend. Diese sahen zu, als Neset ermordet wurde. Gleich nach der Schlägerei trafen von der Umgebung mehrere Polizeiwagen am Versammlungsort ein. Der Einsatzleiter, Kripochef Buchholz, wendete sich gleich an den Konsulatsbeamten Afer Özcanoglu, der von vielen anwesenden Arbeitern als Schläger identifiziert wurde. Der Kripochef Buchholz hat eine Liste, die vom Konsulatsbeamten Özcanoglu ihm gegeben wurde, mehrere fortschrittliche Arbeiter aus der Türkei aufzählen. Vier Arbeiter und Studenten wurden als "Urheber" der Schlägerei verhaftet. Nach vielen Protestaktionen der fortschrittlichen Kräfte in der BRD und Westberlin wurden die in Hamburg verhafteten Patrioten nach 20tägiger Haft vorerst freigelassen. Allerdings wurden ihnen von der westdeutschen Klassenjustiz folgende Bedingungen erteilt: a) Sie müssen sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden; b) sie dürfen das Lokal des Arbeitervereins nicht betreten und die Veranstaltungen des Vereins nicht besuchen! c) Sie dürfen den alten Vorstandsmitgliedern des Vereins Kazim Gelgi (von Arbeitern als Mörder identifiziert) und Özcan Keserci nicht begegnen! d) Sie dürfen sich in der Öffentlichkeit über den Fall nicht äußern."

"Die oben genannten Fälle sind nur einige Beispiele der Angriffe der westdeutschen Bourgeoisie und ihres Staatsapparates auf die fortschrittlichen Arbeiter und Studenten aus der Türkei. Diese Angriffe haben sich in den letzten Monaten verstärkt. Über hundert Arbeiter und Studenten aus der Türkei wurden in den letzten Monaten von der westdeutschen Polizei verhaftet und in die Türkei verhaftet und verfolgt, ihre Organisationen zu schwächen, sie einzuschüchtern und sie mundtot zu machen. Bei den Angriffen gibt die Bourgeoisie an, daß die Verfolgten "Kriminelle" seien. Für die Bourgeoisie aber alle Verbrechen sind die Verbrechen der Arbeiter und Studenten in der Türkei und verhafteten Patrioten aus der Türkei und ihre Organisationen setzen sich hier für die Interessen der Arbeiter und Studenten aus der Türkei ein. Sie kämpfen gemeinsam mit den deutschen und ausländischen Arbeitern und Studenten und ihren Organisationen für die Abschaffung der Gewerkschaftsgesetze, gegen die politische Unterdrückung und gegen Ausbeutung. Sie kämpfen für ihre demokratischen Rechte, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dieser Kampf fürcht die westdeutsche Bourgeoisie, die die ausländischen Arbeiter als billige, gehorsame Arbeiter für die Lohn-drücker und Streikbrecher zu gebrauchen will."

Der zweite Grund für die verstärkten Angriffe der westdeutschen Bourgeoisie ist, daß die westdeutschen Monopolherren verhindern wollen, daß die hier arbeitenden Türken den Kampf des Volkes der Türkei für Volksdemokratie und Unabhängigkeit unterstützen und propagieren."

"Der Kopf der unterdrückten Völker gegen das Imperialismus und die heimische Reaktion ist die Arbeiterbewegung. Die Interessen des westdeutschen Imperialismus. Aus diesem Grunde versucht der westdeutsche Staat, die fortschrittlichen Türken und andere Ausländer so wie ihre Organisationen mundtot zu machen. Er leistet so auch politische Unterstützung für seine Lakaien in der Türkei und in anderen faschistischen Ländern."

- Die brutale Niederknüppelung des Trauerzuges für Günter Routhier
- Gewaltsame Auflösung friedlicher Demonstrationen
- Umfangreiche Bürgerkriegsmanöver der Polizei

Dies alles zeigt, wer eigentlich "kriminal" und "Kriminelle" die westdeutsche Bourgeoisie und ihr Staatsapparat, die die Völker unterdrücken. Die Angriffe der westdeutschen Bourgeoisie und ihres Staatsapparates auf die fortschrittlichen Ausländer und ihre Organisationen reihen sich in eine Reihe mit der versäerten politischen Unterdrückung des ganzen Volkes und dem zunehmenden staatlichen Terror gegenüber allen fortschrittlichen Kräften.

Kommunisten demonstrieren

13.7. in Köln

12. Neumarkt

DEMONSTRIERT MIT UNTERDRÜCKUNG POLITISCHER ORGANISATIONEN AUSLÄNDER UND IHRER ORGANISATIONEN!

UNSERE FORDERUNGEN UND LOSUNGEN:

- Freiheit für alle verhafteten Patrioten aus der Türkei in der BRD!
- Bestrafung der Mörder von Neset Danis!
- Freiheit für die drei verhafteten spanischen Patrioten!
- Sofortige Einstellung aller laufenden Ermittlungen gegen die Patrioten aus der Türkei!
- Wieder dem praktischen Ausländerrecht!
- mit dem Kampf der GUPS!
- Aus der BRD!
- Schluß mit der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den faschistischen Regimes!
- Für uneingeschränkte Rede-, Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit!
- Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!
- Für die internationale Solidarität!
- Hoch die internationale Solidarität!

"Am 3. und 4. Mai wurden in Köln vier Patrioten aus der Türkei verhaftet. Ihre Namen sind: Ömer Özerturğut, Mustafa Tukun, Hatice Yurtdas, und Yüksel Ugurlu. Den verhafteten Patrioten wird vorgeworfen, sie seien "dringend verdächtig, einer kriminellen Vereinigung anzugehören". Mit der gleichen Begründung befinden sich zwei weitere türkische Patrioten - Yildirim Dagyili und Himet Subasi - seit zwei Monaten in Frankfurt in U-Haft."

Alle diese Angriffe werden verstärkt durch die Anwendung der Ausländergesetze, die die Ausländer insgesamt rechtlos machen sollen.

- Die Ereignisse in den letzten Tagen
- Deckung der Mörder von Neset Danis
- Ermordung des Taxifahrers Günter Jendrian
- Mordversuch an dem Schüler Thomas Hytrek
- Die Ermordung des kommunistischen Arbeiters Günter Routhier

Atöf (Türkische Studentenföderation) PEF (Patriotische Einheitsfront der Türkei); EKKE; AASPE; CISNU; Verband griechischer Studentenschaften; VDS-PBI; SVI-PBJ; Palästina Komitee Bonn; Initiative Kommunistische Gruppe Bonn; KPD/ML; Rote Garde; Rote Hilfe; Freundenschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes; FRAP; Arbeiterinitiative Nordend Ffm; Marxisten-Leninisten Aachen-Bochum-Frankfurt-Duisburg-Mönchen-Gladbach; KPD; KSV; Liga gegen den Imperialismus.